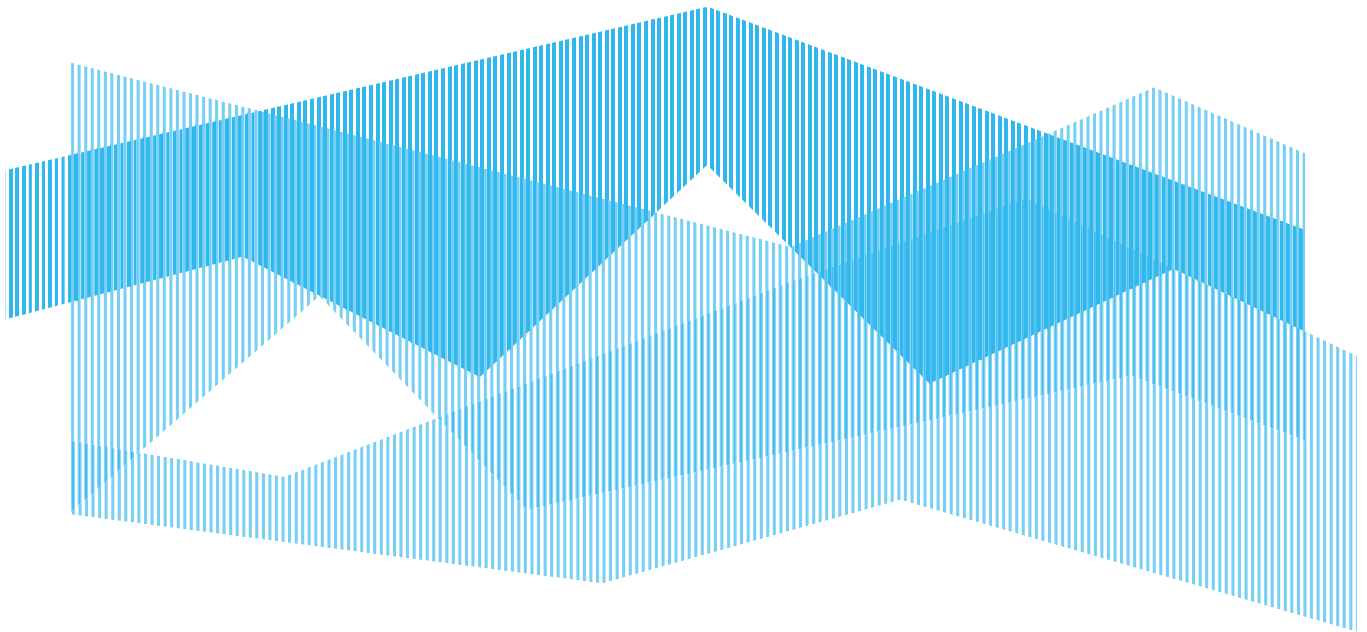
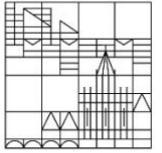




Einblicke in den neuen „Normalzustand“ – israelbezogener Antisemitismus an deutschen Hochschulen

Thomas Hinz, Universität Konstanz, thomas.hinz@uni-konstanz.de

Anna Marczuk, Universität Konstanz, anna.marczuk@uni-konstanz.de

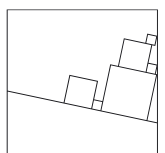
Frank Multrus, Universität Konstanz, frank.multrus@uni-konstanz.de

Working Paper Series of the Cluster “The Politics of Inequality”:

→ <http://inequality.uni.kn/working-papers>

Working papers of the Cluster of Excellence “The Politics of Inequality” serve to disseminate the research results of work in progress prior to publication. Inclusion of a paper in the working paper series does not constitute publication and should not limit publication in any other outlet. The working papers published by the Cluster represent the views of the respective author(s) and not of the Cluster as a whole.

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Die Autor*innen

Prof. Dr. Thomas Hinz ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Surveyforschung. Zudem leitet er (zusammen mit Susanne Strauß) die AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz. Er ist Principal Investigator am Exzellenzcluster EXC2035 „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Surveymethodologie sowie in der Arbeitsmarkt- und Diskriminierungsforschung.

Dr. Anna Marczuk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz. Zuvor arbeitete sie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sowie an der Universität Hannover und an der Universität Trento (Italien). Sie forscht zu sozialen Ungleichheiten innerhalb des Bildungssystems und zum Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt.

Dr. Frank Multrus ist langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz und Mitverantwortlicher des früheren Studierenden surveys. Seine Forschungsinteressen liegen in der Studierendenforschung zu Studienqualität und Studienbewältigung, zu Werten und Orientierungen der Studierenden sowie zu Fachkulturen und Fachtraditionen.

Einblicke in den neuen „Normalzustand“ – israelbezogener Antisemitismus an deutschen Hochschulen

Thomas Hinz, Anna Marczuk und Frank Multrus
(Universität Konstanz, AG Hochschulforschung, Oktober 2026)

Abstract: Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland vervielfacht; an Hochschulen fiel der Anstieg besonders stark aus. Der Beitrag präsentiert die Ergebnisse der dritten Welle einer Schnellbefragungsreihe der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz, die deutschlandweite Studierenden- und Bevölkerungsstichproben in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus, Zustimmung zur Boykottbewegung BDS (*Boycott, Divestment, and Sanctions*) sowie Einstellungen zum Genozid-Vorwurf gegen Israel und zum Existenzrecht des jüdischen Staates vergleicht. Der israelbezogene Antisemitismus ist unter Studierenden seit 2023 gestiegen, vor allem im Bereich der teilweisen Zustimmung zu antisemitischen Aussagen, liegt aber weiterhin unter dem Vergleichswert der Bevölkerungsstichprobe. Studierende berichten jedoch deutlich häufiger als die Bevölkerung, Antisemitismus selbst beobachtet zu haben – allerdings wird dies selten explizit der Institution Hochschule zugeschrieben, sondern eher informellen Räumen (soziale Medien, Demonstrationen, Peergroups). Dies stützt eine Deutung der Hochschule als Katalysator, der bestehende Ressentiments sichtbarer und sozial wirksamer macht, statt sie grundlegend neu zu erzeugen. Die Zustimmung zu Boykottforderungen gegenüber Israel hat sich unter Studierenden seit 2023 erhöht, sehr deutlich ebenso die Zustimmung zum Vorwurf, Israel begehe einen Genozid (auf zwei Drittel der Studierenden). Ein experimentelles Info-Treatment zeigt, dass die Bereitstellung der völkerrechtlichen Genozid-Definition diese Einschätzung nicht verändert, was auf eine moralisch-politisch bereits gefestigte statt wissensbasierte Urteilsbildung hindeutet. Ein Discrete-Choice-Experiment zum Existenzrecht Israels zeigt, dass mit steigendem Antisemitismus-Score die Präferenz für delegitimierende gegenüber das Existenzrecht anerkennende Positionen unter Studierenden zunimmt, wobei eine historisch aus der NS-Verfolgung begründete Legitimation besonders stark an Zustimmung verliert. Ergänzend werden Befunde zum wahrgenommenen Diskursklima ("Silencing" von Israelkritik, Polarisierung) sowie Implikationen für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit an Hochschulen diskutiert.

Die Autor:innen danken Dani Kranz und Petra Quintini für sehr hilfreiche Anmerkungen und Hinweise.

In Kürze jährt sich zum dritten Mal die Terrorattacke der Hamas auf Israel, mit der in vielen Ländern, insbesondere an Hochschulen, ein starker Anstieg antisemitischer Vorfälle einherging. Basierend auf den Jahresberichten des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS), der bei der Einordnung der Vorfälle die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zugrunde legt, deutet die Entwicklung in Deutschland auf eine besonders starke Zunahme hin: 2020 zählte RIAS 1.957 Fälle, 2021 waren es 2.773, 2022 wurden 2.610 Fälle gemeldet. 2023 waren es dann 4.782, ein Anstieg von knapp 83 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wesentlich getrieben durch den starken Anstieg nach dem 7. Oktober 2023. Der RIAS-Jahresbericht 2024 dokumentierte dann 8.713 Vorfälle – ein weiterer Anstieg um gut 82 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für 2025 wurden schließlich 8.725 Vorfälle registriert. RIAS spricht von einem neuen „Normalzustand“ auf sehr hohem Niveau. Speziell an Hochschulen stieg die Zahl antisemitischer Vorkommnisse besonders deutlich an – von 23 im Jahr 2022, also ein Jahr vor dem 7. Oktober, auf 151 im Jahr 2023, verzeichnet vor allem am Ende des Jahres, auf 450 im Jahr 2024. Für 2025 dokumentierte RIAS 410 Vorfälle an Hochschulen. Weiterhin spielten dabei Vorfälle eine maßgebliche Rolle, bei denen der Kontext explizit auf den 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriege bezogen war (RIAS, 2024, 2025, 2026).

Hochschulen kommt bei der Betrachtung von Antisemitismus – und speziell israelbezogenem Antisemitismus – eine besondere Brisanz zu, weil hier mehrere Konfliktlinien aufeinandertreffen, die sich an anderen gesellschaftlichen Orten in dieser Dichte nicht finden. Zum einen sind Hochschulen zentrale Sozialisationsräume künftiger gesellschaftlicher Eliten (Hartmann, 2004; Bourdieu & Passeron, 1971), in denen sich zuvor gebildete Einstellungen zu Israel und zum Nahostkonflikt in einer Lebensphase verstärken (Shenhav-Goldberg & Kopstein, 2020), die für spätere berufliche und somit auch politische Karrieren prägend ist. Zum anderen kollidiert hier der besondere Schutz der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit (Hochschulrektorenkonferenz [HRK], 2024) mit der institutionellen Fürsorgepflicht gegenüber jüdischen Studierenden und Universitätsangehörigen in Forschung, Lehre und Verwaltung, die sich zunehmend gezielt Anfeindungen ausgesetzt sehen, wie unter anderem ein Bericht des American Jewish Committee Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations (AJC Berlin, 2025) in Kooperation mit der Jüdischen Studierenden Union Deutschland (JSUD) und eine Essaysammlung von über sechzig Beiträgen jüdischer Hochschullehrender (Bernstein et. al., 2026) belegen. Diese Situation verstärkt das Spannungsverhältnis, das Hochschulleitungen und Lehrende mitunter nur unzureichend auflösen wissen. Hinzu kommt, dass Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 zu einem bevorzugten Schauplatz von Versammlungen, Protestcamps und aktivistischer Mobilisierung geworden sind, in denen sich israelbezogene Deutungen – etwa im Rahmen postkolonialer Diskursrahmen (Lenhard, 2024) – verdichten und radikalieren können. Schließlich ist israelbezogener Antisemitismus deshalb besonders heikel zu untersuchen, weil er sich diskursiv als legitime politische Kritik an einer Regierung oder Kriegsführung tarnen kann, wodurch die Grenze zwischen zulässiger Israelkritik und antisemitischer Zuschreibung im akademischen Diskurs selbst umstritten und schwer zu ziehen ist. Hochschulen sind zugleich sensibler Forschungsgegenstand und Ort erhöhter gesellschaftlicher Aufmerksamkeit.

Warum diese Welle des Antisemitismus?

Wie ist der Ausbruch antisemitischer Ressentiments in Wort, Bild und Taten nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1.200 Menschen getötet und mehr als 250 als Geiseln verschleppt wurden, zu erklären? Im historischen Rahmen ist erwiesen, dass antisemitische Ausschreitungen immer zu mehr antisemitischen Ausschreitungen geführt haben, nur bewegten diese sich chronologisch von Ort zu Ort, während ab dem 7. Oktober eine Gleichzeitigkeit erkennbar wurde (Kranz 2026a). Es lassen sich dennoch zwei Phasen der Reaktion unterscheiden. Zunächst gibt es den Antisemitismus des achten Oktobers, wie ihn Eva Illouz (2025) genannt hatte. Nach dem

Massaker der Hamas fanden Freudenfeste global an Orten statt, an denen die Terrorattacke als gelungener Befreiungsschlag gegen eine Kolonial- und eine Besatzungsmacht verherrlicht wurde. Noch erschreckender als diese Reaktionen aus dem Kreis der Hamas-Unterstützer waren – nach Ansicht vieler jüdischer Menschen in Deutschland – das verunsicherte und indifferente Schweigen sowie die weitgehend ausbleibende Empathie der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen, jüdischen Gemeinden in Deutschland sowie der jüdischen Diaspora insgesamt (Bernstein et al., 2026; Chernivsky & Lorenz-Sinai, 2025). Bereits in den ersten Wochen nach dem 7. Oktober kam es zu im akademischen Milieu angesiedelten Versuchen, den Gewaltakt der Hamas zu „kontextualisieren“ (Rubin & Grayson, 2025).

Die zweite und noch wesentlich stärkere Welle des israelbezogenen Antisemitismus entstand, nachdem die israelischen Streitkräfte Ende Oktober 2023 die Bodenoffensive im Gazastreifen starteten und nachfolgend einen Krieg führten, der unzählige zivile Opfer forderte. Nach Angaben des von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministerium wurden im Verlauf des Krieges allein bis Juli 2025 über 60.000 Menschen getötet, ein Großteil der Gebäude im Gazastreifen zerstört und der überwiegende Teil der Bevölkerung mehrfach vertrieben.¹ Die große Zahl ziviler Opfer sind in der Wahrnehmung vieler Menschen der klare Beleg für das genozidale Vorgehen Israels. Diese Wahrnehmung wurde zusätzlich dadurch bestärkt, dass Südafrika im Dezember 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof ein Verfahren gegen Israel wegen des Verdachts auf Völkermord (International Court of Justice [ICJ], 2023) anstrebte und der Internationale Strafgerichtshof im November 2024 Haftbefehle unter anderem gegen den israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erließ (International Criminal Court [ICC], 2024). Die Gewalteskalation in Nahost wirkt sich nicht zum ersten Mal auf die jüdische Diaspora aus (Feinberg, 2020).

Wie äußert sich der Antisemitismus an Hochschulen unterhalb der manifesten Gewalt oder Gewaltdrohung?

Israelbezogener Antisemitismus in Deutschland und speziell an den Hochschulen liegt in einer klar erkennbaren Form vor, wenn Jüdinnen und Juden in der Folge des Kriegsgeschehens pauschal für das Handeln der israelischen Regierung bzw. Armee verantwortlich gemacht werden. Eine solche Zuschreibung liegt bei der übergroßen Mehrheit der von RIAS dokumentierten Hochschulvorfälle 2025 vor. Der 7. Oktober und der folgende Gaza-Krieg lieferten dabei den unmittelbaren Anlass, während sich das Ressentiment weit über Israel hinaus ausweitete. Vergleichbare Entwicklungen zeigen sich auch außerhalb Deutschlands: An vier Standorten der University of California stiegen sowohl Antisemitismus- als auch Anti-Israel-Einstellungswerte nach dem 7. Oktober signifikant an (Kopstein et al., 2025).

Eine besondere Rolle spielt an Hochschulen dabei das Versammlungsgeschehen: Protestcamps, Gebäudebesetzungen, Kundgebungen. RIAS wertete systematisch 2.225 Versammlungen vom 7. Oktober 2023 bis Ende 2024 mit antisemitischen Inhalten aus. Politischer Aktivismus zum Nahostkonflikt wird so zu einem Vehikel für explizit antisemitische Inhalte (etwa Vernichtungsaufrufe, Gewaltverherrlichung, Terror-Rechtfertigung). In Teilen der akademischen

¹ Die Zahl von 60.000 Opfern mit Bezug auf das Gaza Health Ministry (GHM) findet sich etwa im Boston Globe (Ende Juli 2025, siehe <https://www.bostonglobe.com/2025/07/29/world/more-than-60000-people-killed-gaza-war-local-health-officials-say>). Eine in Lancet publizierte, methodisch unabhängige Studie fand bei einem Abgleich der Todesliste des GHM mit dem UNRWA-Flüchtlingsregister keine Hinweise auf eine Übertreibung der gemeldeten Opferzahlen und bezifferte den Rückgang der Lebenserwartung im Gazastreifen im ersten Kriegsjahr auf 34,9 Jahre (Guillot et al., 2025). Einige Studien schätzen die Opferzahlen aufgrund von Haushaltsbefragungen höher ein (etwa Spagat et al., 2026), werden jedoch methodisch kritisiert (DellaPergola & Zlochin, 2026). Fest steht, dass die Opferzahlen bis Mitte 2026 noch deutlich höher ausfallen.

Debatte wird schon seit einiger Zeit argumentiert, dass Israel zunehmend als „letztes koloniales Gebilde“ und Israelis als „weiße Siedler“ gerahmt werden. Diese Deutungsmuster, die an Hochschulen in postkolonialen Diskursen verbreitet sind, liefern einen intellektuellen Anschlussrahmen, in dem der Judenhass der Hamas in einen allgemeinen antikolonialen Widerstand eingeordnet wird (Kranz, 2026b).

An Hochschulen sind rechtsextreme, antisemitische Vorfälle gemessen am Durchschnitt der beobachteten Vorkommnisse selten. Dennoch liefern die Geschehnisse nach dem 7. Oktober auch dem rechtsextremen Spektrum neuen Anlass für traditionelle antisemitische Verschwörungserzählungen (z. B. „Kindermörder“), die sich mit einer Schoah-Relativierung verbinden. In krasser Form werden die Opfer der Schoah als neue Täter eines Genozids an den Palästinensern angesehen. Gerade diese Täter-Opfer-Umkehr ist nicht auf das rechtsextreme Milieu beschränkt, es findet sich insbesondere auch in postkolonialen Argumentationsfiguren, verkürzt etwa im Slogan „Free Palestine from German Guilt“, der unterstellt, dass die deutsche Schuld gegenüber den (generischen) Juden getilgt sei, wenn Palästina von israelischer Herrschaft befreit ist. Diagnostiziert wird weiterhin eine zunehmende Verrohung der Sprache mit Forderungen nach „kompletter Unsichtbarmachung oder gar Vernichtung jüdischer Communities“ (OFEK, 2026). Insgesamt sind antisemitische Tendenzen und Übergriffe in Wort, Bild und Tat an Hochschulen für Betroffene besonders alarmierend, weil diese Räume als soziale Orte demokratischer Gesellschaft gelten und offene Diskurse zu Konfliktthemen ermöglichen sollten.

Schnellbefragungen der AG Hochschulforschung als Datenquelle

Die vorliegende dritte Welle steht in der Tradition zweier vorangegangener „Schnellbefragungen“ der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz, die mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF, heute BMFTR) durchgeführt wurden. Die erste Erhebung fand bereits im Dezember 2023 statt, also nur wenige Wochen nach dem 7. Oktober, und wurde im März 2024 vorgestellt (Hinz et al., 2024). Befragt wurden dabei über 2.000 Studierende, die im Wintersemester 2023/24 an deutschen Hochschulen eingeschrieben waren, sowie parallel eine annähernd gleich große, zeitgleich befragte Bevölkerungsstichprobe zum Vergleich. Erhoben wurden das Meinungsklima zum Krieg in Israel und Gaza, die Protestbereitschaft, die Wahrnehmung von Antisemitismus in Gesellschaft und Hochschule sowie – mittels der im Folgenden näher beschriebenen Item-Skalen – allgemeiner und israelbezogener Antisemitismus, ergänzt um ein Vignettenexperiment zur hypothetischen Demonstrationsteilnahme.

Die zweite Welle wurde ein Jahr später, im Dezember 2024, durchgeführt und im April 2025 publiziert (Hinz et al., 2025). Sie erweiterte das Design um eine parallele Befragung von Hochschulleitungen (94 über die Hochschulrektorenkonferenz eingeladene Institutionen) sowie um neue Themenfelder wie Verschwörungsdenken, die Bedeutung des Nahostkonflikts als politisches Thema, die Zuweisung von Konfliktverantwortlichkeit und die Zustimmung zu israelkritischen Maßnahmen und Aussagen – Vorläufer der in der dritten Welle vertieften BDS- und Existenzrechts-Module.

Die AG Hochschulforschung hat die dritte Welle dieser Reihe von Mai bis Ende Juni 2026 mit demselben Grundkonzept – Studierenden- und Bevölkerungsstichprobe, dieselben Antisemitismus-Skalen, vergleichbare Erhebungsmethodik über Online-Access-Panels – durchgeführt und um neue Module erweitert: u. a. ein Info-Treatment zur Genozid-Definition, ein Discrete-Choice-Experiment zum Existenzrecht Israels sowie neue Fragen zum wahrgenommenen Diskursklima. Damit erstreckt sich die Zeitreihe nun über drei Erhebungszeitpunkte (2023, 2024, 2026). Der im Vergleich zu den ersten beiden Wellen längere Abstand zur dritten Welle ergab sich daraus, dass zunächst die

Finanzierung aus Eigenmitteln der Universität Konstanz gesichert werden musste. Außerdem benötigte die Entwicklung der neuen experimentellen Module entsprechende zeitliche Ressourcen.

Die Stärken des Befragungskonzepts liegen in der Aktualität und Reaktionsgeschwindigkeit: Als „Rapid-Response“-Survey, methodisch fundiert durch eine vorgelagerte Machbarkeitsstudie (Hinz et al., 2023), konnte bereits wenige Wochen nach dem auslösenden Ereignis eine belastbare Datenerhebung unter Studierenden an Hochschulen vorgelegt werden – ein Zeitvorteil, den klassische, langwierig zu konzipierende Studierendenbefragungen nicht bieten. Die durchgängig mitgeführte Bevölkerungsvergleichsstichprobe erlaubt es zudem, hochschulspezifische Befunde von allgemeinen gesellschaftlichen Trends zu unterscheiden, statt Studierendenwerte in einem interpretatorischen Vakuum zu belassen. Die Wiederholung mit weitgehend identischen Skalen über mittlerweile drei Wellen hinweg schafft eine im deutschsprachigen Raum seltene Zeitreihe zu israelbezogenem Antisemitismus im Hochschulkontext.

Die Schwächen der Schnellbefragung betreffen vor allem die Stichprobenziehung: Befragt werden Personen, die sich bei kommerziellen Online-Access-Panel-Betreibern registriert und zur Teilnahme bereit erklärt haben. Es handelt sich also nicht um ein Zufallssample aus der Grundgesamtheit aller Studierenden bzw. der Bevölkerung. Selbstselektion, mögliche Verzerrungen in der Zusammensetzung der Panels (z. B. hinsichtlich digitaler Affinität, politischem Interesse oder Bildungsnähe) und die mögliche Verzerrung gegenüber sensiblen Themen wie Antisemitismus lassen sich trotz Quotierung nicht vollständig ausschließen; die Ergebnisse sind daher als beschreibend, nicht als repräsentativ im strengen Sinn zu behandeln. Hinzu kommt, dass sich Veränderungen zwischen den Wellen nur auf Aggregatebene, nicht auf Ebene individueller Einstellungsänderung interpretieren lassen. Wie bei jeder Befragung gilt: Die Resultate sind potenziell abhängig vom jeweiligen Zeitpunkt der Erhebung innerhalb eines sich in den drei Jahren dynamisch verändernden Konfliktgeschehens (z. B. Waffenruhen, neue Eskalationsphasen).

Eine methodisch wichtige Einschränkung betrifft die Perspektive jüdischer Studierender. Unter den Befragten der dritten Welle identifizierten sich lediglich neun Personen als jüdisch (N = 9) – eine Fallzahl, die für separate statistische Auswertungen viel zu klein ist und keinerlei belastbare Aussagen über die Erfahrungen, Einschätzungen oder Betroffenheit jüdischer Studierender selbst zulässt. Dies ist kein Zufall, sondern liegt im Design der verwendeten Stichproben aus Online-Access-Panels begründet: Jüdinnen und Juden machen nur einen sehr kleinen Bevölkerungsanteil in Deutschland aus, sodass sie in einer allgemeinen Bevölkerungs- oder Studierendenstichprobe dieser Größenordnung fast zwangsläufig nur in einer für Analysen zu geringen Zahl vertreten sind.

Die Studie misst, in welchem Ausmaß israelbezogene antisemitische Ressentiments in der (überwiegend nichtjüdischen) Studierendenschaft und Bevölkerung vorhanden sind, welche Vorfälle wahrgenommen bzw. beobachtet werden und wie das allgemeine Diskursklima eingeschätzt wird. Sie kann jedoch nicht abbilden, wie jüdische Studierende selbst diese Entwicklungen erleben, welche konkreten Formen von Ausgrenzung, Anfeindung oder Bedrohung sie im Studienalltag erfahren oder wie sie mit den hier beschriebenen Phänomenen umgehen. Die Perspektive der Betroffenen wird durch das gewählte Erhebungsdesign somit nicht erfasst.

Dies stellt eine Leerstelle unserer Befragungsstudien dar, die sich nur durch gezielte, auf jüdische Studierende ausgerichtete Erhebungsdesigns schließen ließe, wie sie etwa Krasner et al. (2025) in einer qualitativen Interviewstudie mit 36 jüdischen Studierenden an US-amerikanischen Hochschulen vorlegen, die sechs unterschiedliche Bewältigungsmuster identifiziert, von aktiver Bestärkung der eigenen Identität bis zum Rückzug aus dem Hochschulleben.²

² Ebenso: Katz et al. (2025). Eine weitere Studie zu den Mental Health Folgen von Antisemitismus hat jüdische Studierende über Aushänge an Hochschulen und Mailinglisten von Studierendenorganisationen angesprochen (Josef Tamir & Jarvers, 2026).

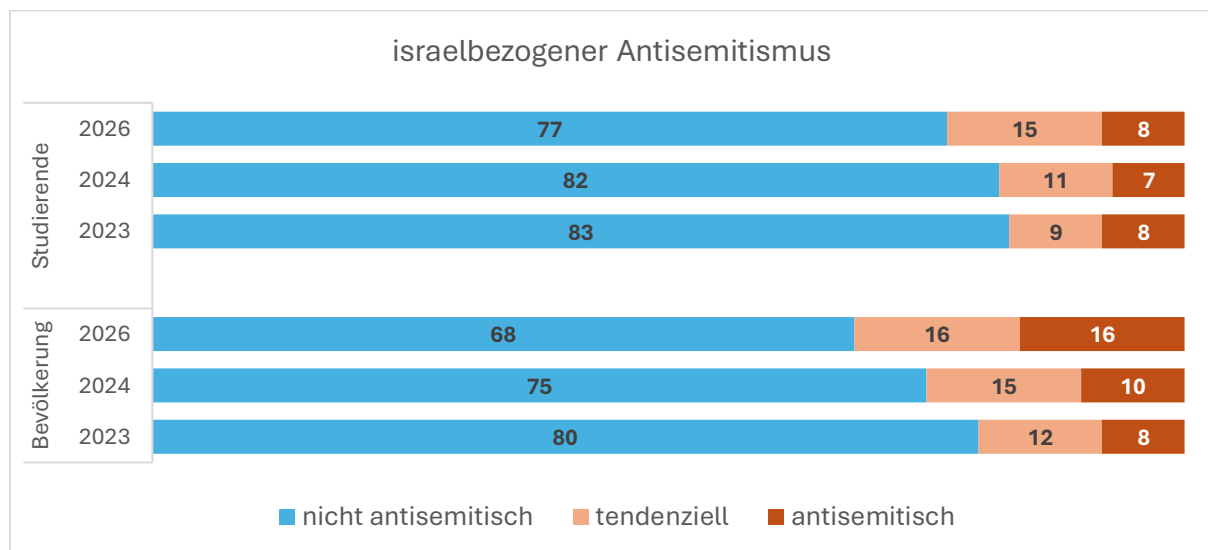
Israelbezogener Antisemitismus im Zeitverlauf

Entsprechend der einleitend berichteten, anhaltend hohen Vorfallzahlen an deutschen Hochschulen zeigt sich auch beim Blick auf die Befragungsdaten eine weitere Zunahme des israelbezogenen Antisemitismus gegenüber den seit 2023 gemessenen Werten. Insbesondere die tendenziell antisemitischen Ressentiments sind seit 2023 unter Studierenden von 9 Prozent auf 15 Prozent gestiegen; die Vergleichswerte in der Bevölkerungsstichprobe fallen noch höher aus, auch der Anstieg der israelbezogenen antisemitischen Ressentiments fällt in der Bevölkerung stärker aus (vgl. Abbildung 1).

Israelbezogener Antisemitismus wird in unseren Befragungen über eine Item-Skala aus drei Aussagen gemessen. Er liegt vor, wenn Israel als das Kollektiv jüdischer Eigenschaften für Missstände aller Art verantwortlich gemacht wird – Israel als jüdisches Kollektiv wird dämonisiert, delegitimiert und nach doppelten Standards beurteilt (Sharansky, 2004; Rensmann, 2017). Entscheidend ist dabei, wie die Items formuliert sind: Keines von ihnen kritisiert die israelische Regierung, die Armee oder den Staat Israel als politischen Akteur – stattdessen verschiebt jedes Item das Objekt der Ablehnung explizit auf „Juden“ als Kollektiv. Die Items sowie eine ausführliche Diskussion ihrer Konstruktvalidität – auch gegenüber dem Einwand, es handle sich um ein bloßes Forschungsartefakt – finden sich in Anhang A1.

Abbildung 1: Verbreitung israelbezogener antisemitischer Ressentiments (Studierende und Bevölkerung, 2023, 2024 und 2026)

(Angaben in % für gemittelte Kategorien: 1–3 = nicht antisemitisch, > 3 bis < 4 = tendenziell antisemitisch, 4–5 = antisemitisch)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2023, 2024, 2026). 2026: N_{Stud} = mindestens 1.987; N_{Bev} = mindestens 2.078; 2024: N_{Stud} = 1.871; N_{Bev} = 2.026; 2023: N_{Stud} = mindestens 2.331; N_{Bev} = mindestens 2.092.

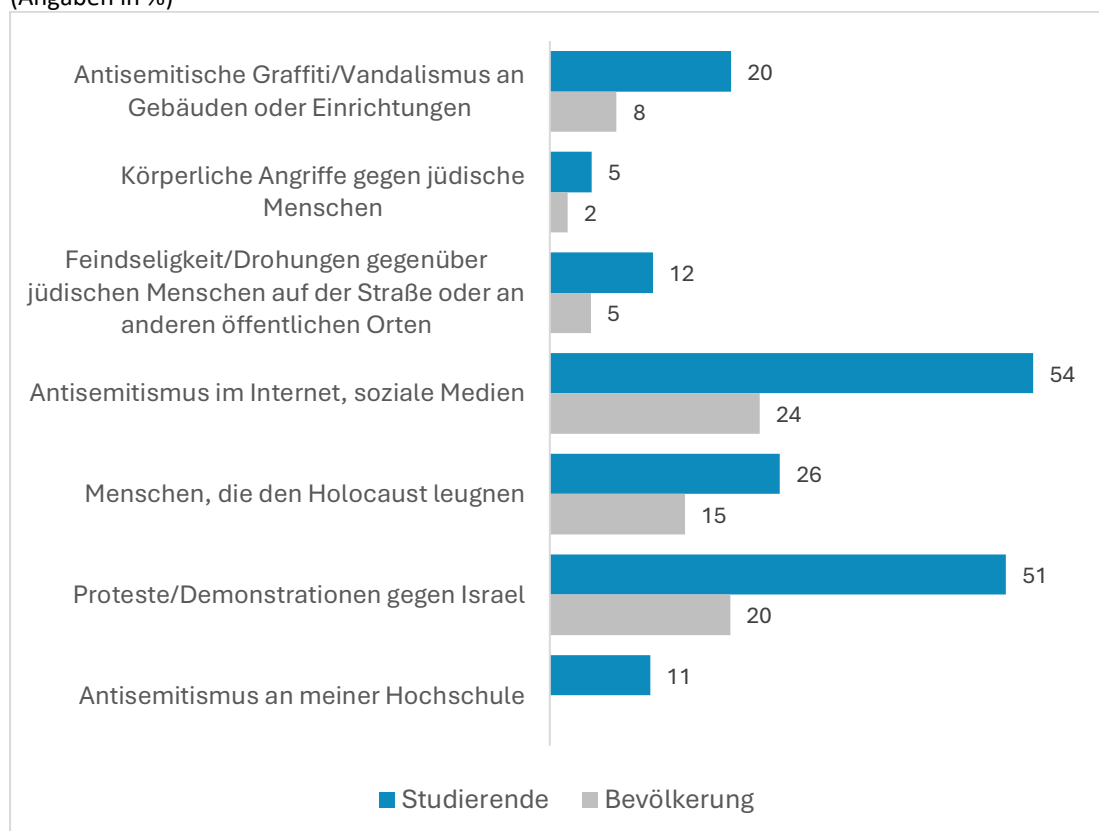
Israelbezogener Antisemitismus Items: (1) Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat. (2) Es ärgert mich, dass die Juden in aller Welt die Politik Israels unterstützen. (3) Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben. Antwortkategorien (Skala von 1–5): Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / teils, teils / stimme eher zu / stimme voll und ganz zu.

Wahrnehmung von Antisemitismus: Hochschule als Katalysator?

Das Ergebnis eines angestiegenen israelbezogenen Antisemitismus in der jüngsten Befragung gewinnt bei Betrachtung eines zweiten Ergebnisses an Schärfe: Studierende berichten auch in der aktuellen Befragung deutlich häufiger, antisemitische Vorfälle selbst beobachtet zu haben, als dies in der Bevölkerungsumfrage der Fall ist. Das bedeutet aber nicht, dass die beobachteten Vorfälle überwiegend an Hochschulen stattfinden (vgl. Abbildung 2). Vielmehr wird die höhere Beobachtungshäufigkeit mit der Lebensweise von Studierenden und ihrem sozialen Umfeld zusammenhängen (sie nutzen häufiger soziale Medien, nehmen eher an Protesten teil, bewegen sich häufiger im öffentlichen Raum etc.). Denkbar ist zudem, dass eine stärkere Sichtbarkeit des Nahostkonflikts an Hochschulen das Auftreten und die Wahrnehmung von antisemitischen Vorfällen erhöht. Denn Hochschulen bieten aufgrund ihrer sozialen Struktur (Konzentration junger, politisch interessierter und gut vernetzter Menschen, Verfügbarkeit von Versammlungsräumen und -anlässen) Bedingungen, die beides – Auftreten und Wahrnehmung – begünstigen. In der weiteren Auswertung fragen wir, ob der Hochschulraum als eine Art Katalysator für israelbezogene Ressentiments verstanden werden kann. Kommt es zu einer dynamischen Verbreitung entsprechender Einstellungen unter Studierenden? Eine mögliche, von unseren Daten unabhängige Unterstützung erhält das Katalysator-Argument durch eine aktuelle experimentelle Studie von Beyer et al. (2026): Sie finden, dass der aus älteren Kohorten bekannte bildungsbasierte Dämpfungseffekt auf israelbezogenen Antisemitismus in der jüngsten, akademisch geprägten Kohorte vollständig verschwindet. Dies wird explizit mit einer Entkopplung israelbezogener Einstellungen von der traditionellen Anti-Antisemitismuskultur im jungen akademischen Milieu erklärt.

Abbildung 2: Wahrnehmung von Antisemitismus und israelbezogenen Protesten (Studierende und Bevölkerung 2026)

(Angaben in %)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz 2026). 2026: N_{Stud} = 2.012; N_{Bev} = 2.082. Frageformulierung: „Haben Sie die folgenden Situationen im näheren Umfeld in Deutschland seit dem 07.10.2023 selbst beobachtet?“

Abbildung 2 zeigt zunächst, dass Studierende im Hinblick auf die Wahrnehmung von Antisemitismus und Proteste gegen Israel in den abgefragten Formen und Orten deutlich höhere Werte aufweisen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Die aufgeführten Kategorien unterscheiden zwischen Erscheinungsformen (Graffiti, verbale Drohungen, Holocaustleugnung) und Orten bzw. Kontexten (Internet/soziale Medien, Hochschule, Demonstrationen) des Antisemitismus, die sich in der Wahrnehmung der Befragten jedoch keineswegs trennscharf zuordnen lassen. Ein Großteil der von Studierenden berichteten Vorfälle dürfte sich faktisch im unmittelbaren studentischen Lebensumfeld ereignen – etwa im Rahmen von Diskussionen unter Kommilitoninnen und Kommilitonen, in campusnahen Chatgruppen, bei Veranstaltungen studentischer Initiativen oder im Umfeld von Demonstrationen und Protestcamps, die zwar auf dem Hochschulgelände stattfinden, aber kognitiv primär als „Demonstration“ und nicht als institutioneller Vorfall der „Hochschule“ verarbeitet werden. Die hohen Werte bei „Internet, soziale Medien“ (54 Prozent) und „Demonstrationen“ (51 Prozent) legen nahe, dass ein erheblicher Teil der studentischen Antisemitismuserfahrungen über genau diese Kanäle vermittelt wird, ohne von den Befragten explizit der Institution Hochschule zugerechnet zu werden. Die relativ niedrige Nennung von „Hochschule“ (11 Prozent) deutet somit weniger auf eine geringe faktische Präsenz von Antisemitismus im Hochschulkontext hin, sondern darauf, dass Studierende die Kategorie „Hochschule“ offenkundig eng fassen – etwa auf Lehrveranstaltungen, Prüfungssituationen oder die Hochschulverwaltung als formale Institution –, während ein Großteil ihrer tatsächlichen Erfahrungen in informellen, sozialen und digitalen Räumen des studentischen Alltags gemacht wird, die räumlich und sozial an die Hochschule angebunden sind, aber nicht als deren institutionelles Handeln wahrgenommen werden. Diese Diskrepanz zwischen Erfahrungsraum und institutioneller Zuordnung ist selbst ein bemerkenswerter Befund, da sie zeigt, dass punktuelle institutionelle Gegenmaßnahmen der Hochschulen möglicherweise an den eigentlichen sozialen Orten des Geschehens vorbeigehen.

Etwa die Hälfte der Studierenden berichtet von Protesten und Demonstrationen gegen Israel – die überwiegend in den Hochschulen bzw. im hochschulnahen Raum stattfinden dürften (51 Prozent). Demgegenüber hat nur eine kleine Gruppe (5 Prozent) selbst an Protesten gegen das militärische Vorgehen Israels in Gaza teilgenommen (vgl. Anhang A2_2). Für ungefähr ein Fünftel der Studierenden wird der Nahostkonflikt unter den wichtigsten politischen Themen genannt (vgl. Anhang A2_4). Im Vergleich zur letzten Erhebung (2024) ist die emotionale Betroffenheit durch den Nahostkonflikt unter Studierenden anhaltend hoch: Der Konflikt zwischen Israel und der Hamas bewegt 49 Prozent der Studierenden „stark“/„sehr stark“ (vgl. Anhang A2_3).³

Kampagne des Israel-Boykotts (BDS)

Die BDS-Bewegung (*boycott, divestment, sanctions*), die in Deutschland lange Zeit politisch weitgehend isoliert war, hat seit dem 7. Oktober 2023 an deutschen Hochschulen deutlich an Rückhalt gewonnen. Sichtbarster Ausdruck dieser Entwicklung sind die bereits erwähnten Protestcamps und Gebäudebesetzungen seit dem Frühjahr 2024, in deren Rahmen wiederholt die Beendigung der Forschungskooperationen mit israelischen Institutionen gefordert wurde, so etwa im November 2025 bei einer zweistündigen Besetzung der TU München durch rund 40 Aktivist/innen unter dem Motto „End Academic Complicity“. Auch auf der Ebene studentischer Selbstverwaltung zeigen sich Verschiebungen: Im November 2025 hob das Studierendenparlament der Humboldt-Universität Berlin einen 2018 auf Initiative des RCDS gefassten Beschluss auf, der BDS

³ Entsprechende Darstellungen finden sich im Anhang A2.

als antisemitisch verurteilt und einschlägigen Gruppen die Raumnutzung verweigert hatte. In Berlin kam es im Januar 2026 zur Academic Boycott Conference, die als Übergang von eher punktuellen studentischen Vorstößen zu einer koordinierten, hochschulübergreifenden Kampagnenstruktur geplant war.⁴

Zu einem offiziellen, institutionell verbindlichen Boykottbeschluss einer deutschen Hochschulleitung – also einer formalen Entscheidung eines Rektorats oder Senats, die Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten einzustellen – ist es bislang an keiner deutschen Universität gekommen. Die bisherigen Erfolge der Bewegung liegen vor allem auf der Ebene studentischer Gremien und des politischen Klimas, nicht auf der Ebene institutioneller Kooperationsentscheidungen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass es an einzelnen Hochschulen auch unter der Professorenschaft Unterstützer für einen akademischen Boykott israelischer Universitäten gibt, wie die Berichte israelischer Soziologen belegen (Kranz & Liebig, 2026).

Exkurs: Boykott in anderen europäischen Ländern

Anders stellt sich die Lage in einigen anderen europäischen Ländern dar, wobei auch hier Differenzierung nötig ist: Die israelische Universitätsvereinigung VERA (2026) zählte zuletzt rund 1.200 Boykottmaßnahmen gegen einzelne Forschende oder Institutionen und beziffert die Zahl europäischer Universitäten, die jeglichen Kontakt zu israelischen Hochschulen eingestellt haben, auf etwa 40 – vor allem in Belgien, Italien, Spanien und den Niederlanden. In den Niederlanden selbst ist das Bild uneinheitlich: Eine wachsende Minderheit unter den insgesamt 13 niederländischen Forschungsuniversitäten hat Kooperationen ausgesetzt – so beendete die Universität Amsterdam ihre Zusammenarbeit mit der Hebrew University nach gewaltsamen Protesten und Gebäudebesetzungen 2024/25, und auch Radboud Nijmegen setzte Partnerschaften mit zwei israelischen Universitäten aus. Andere niederländische Universitäten halten dagegen an ihren bestehenden Kooperationen fest und betonen, Universitäten seien keine politischen Organisationen.

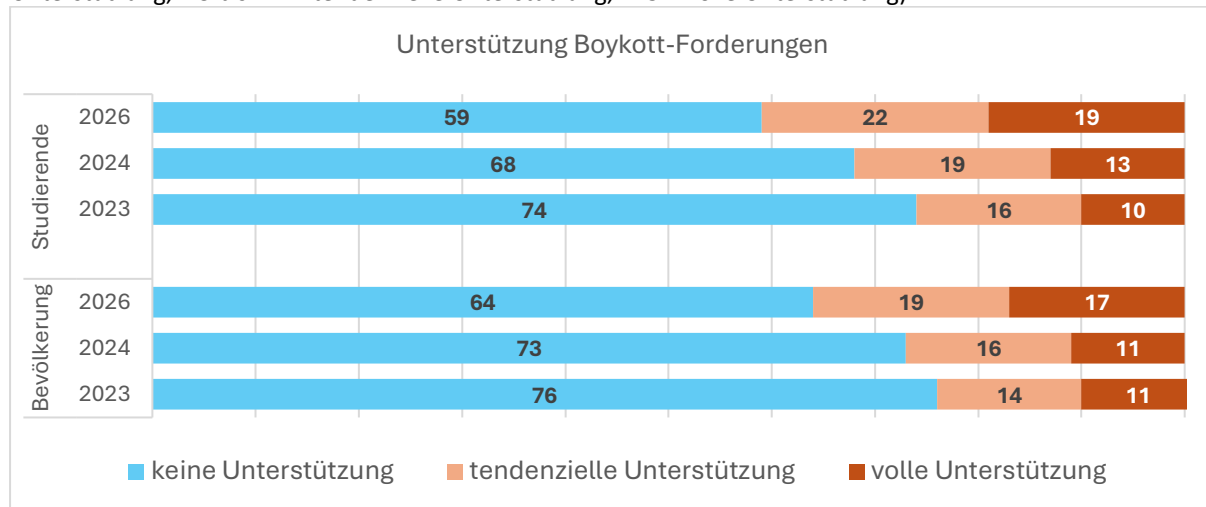
Mit der dritten Erhebung unter Studierenden kann das Meinungsklima der Studierenden in Sachen Boykott der Zusammenarbeit mit Israel ermittelt werden. Abbildung 3 zeigt, dass der Anteil von Studierenden, die Boykotte (tendenziell/voll) befürworten, von 26 Prozent (2023) auf 41 Prozent (2026) gestiegen ist. In der Bevölkerungsstichprobe ist die Unterstützung der Boykotte im Zeitverlauf weniger stark angestiegen (von 25 Prozent auf 36 Prozent).

Bemerkenswert ist dabei weniger, dass Studierende Boykott-Forderungen zu allen Messzeitpunkten etwas stärker unterstützen als die Bevölkerung insgesamt – das ist angesichts der bekannten Verteilung politischer Einstellungen im akademischen Milieu wenig überraschend. Auffallend ist die unterschiedliche Dynamik: Während die Zustimmung in der Bevölkerungsstichprobe im Beobachtungszeitraum um 11 Prozentpunkte anstieg, verzeichnet die Studierendenschaft mit einem Anstieg um 15 Prozentpunkte eine noch stärkere Zuwachsrate. Die Schere zwischen beiden Gruppen hat sich damit binnen drei Jahren von einem Prozentpunkt auf fünf Prozentpunkte verbreitert. Dieses Resultat deutet in Richtung der Katalysator-These: Der universitäre Raum bietet – anders als die diffuse, weniger organisierte Bevölkerung – organisatorische Infrastruktur (Hochschulgruppen, Gremien, Versammlungen, engmaschige soziale Netzwerke), über die sich eine ursprünglich eher randständige Position innerhalb kurzer Zeit verbreiten und zu einer Position radikalisierten kann, die inzwischen von einem Anteil von 41 Prozent getragen wird.

⁴ Siehe auch die Stellungnahme des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH) zur Konferenz (<https://n-j-h.de/statement-academic-boycott-conference/>).

Abbildung 3: Unterstützung von Boykott-Forderungen (Studierende und Bevölkerung, 2023, 2024 und 2026)

(Skala von 1= „sehr dagegen“ bis 5 = „sehr dafür“; Angaben in % für gemittelte Kategorien: 1–3 = keine Unterstützung, > 3 bis < 4 = tendenzielle Unterstützung, 4–5 = volle Unterstützung)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2023, 2024, 2026). 2026: N_{Stud} = mindestens 1.981; N_{Bev} = mindestens 2.077; 2024: N_{Stud} = 1.870; N_{Bev} = 2.027; 2023: N_{Stud} = mindestens 2.359; N_{Bev} = mindestens 2.092.

Frageformulierung: „Im Folgenden geht es um eine Reihe von Maßnahmen. Wären Sie dafür oder dagegen?“ (1) Boykott von Produkten aus Israel, (2) Abbruch der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Universitäten in Israel, (3) Stopp der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, (4) Stopp des Jugendaustausches mit Israel. Antwortkategorien: (Skala von 1–5): sehr dagegen / eher dagegen / unentschieden / eher dafür / sehr dafür. Zur besseren Übersichtlichkeit wurden vier Antworten in einem Index zusammengefasst. Wenn Befragte einen mittleren Indexwert von 1 bis einschließlich 3 erzielen, haben sie die Aussagen klar oder tendenziell abgelehnt. Befragte mit einem Indexmittelwert über 3 bis unter 4 unterstützen Boykott-Forderungen tendenziell und Befragte mit Indexwerten von 4 und höher können als volle Unterstützer der Boykott-Forderungen gelten.

Die Zustimmung zu Boykott-Forderungen ist zunächst analytisch von israelbezogenem Antisemitismus zu unterscheiden. Sie lässt sich, wie in der Debatte um BDS selbst kontrovers diskutiert wird, auch als Ausdruck einer als legitim verstandenen politischen Boykottforderung gegenüber einem Staat deuten, ohne dass damit notwendigerweise eine mit Ressentiments erfüllte Zuschreibung einhergehen muss.⁵ Die BDS-Bewegung betreibt eine politisch-aktivistische Mobilisierung und artikuliert öffentlich umfassende Boykottforderungen gegen eine Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen und Unternehmen. Die Zusammenarbeit ist aus Sicht der Aktivisten aus verschiedenen Gründen delegitimiert und soll boykottiert werden: aktuell wegen der Kriegsführung in Gaza, in historischer Perspektive wegen des Vorwurfs kolonialer Landnahme, wegen der anhaltenden Duldung weiterer völkerrechtswidriger Siedlungen in der Westbank, wegen des Umgangs mit arabischen Israelis (Apartheid-Vorwurf), wegen der rassistischen Rhetorik von Regierungsmitgliedern. In diesem Konglomerat von Ablehnungsmotiven wird kaum noch differenziert, Israel erscheint als kollektives Übel. Genau dieses Zusammenwerfen von unterschiedlichen Anklagen gegen Israel kann – selbst wenn einzelne Vorwürfe substantiiert werden – eine deutlich antisemitische Lesart nahelegen (Baier, 2021). Hochschulen können in diesem Diskurs um Boykott wiederum eine Katalysatorrolle übernehmen, um diese multiple Ablehnung gegen israelisches Regierungshandeln zu bündeln. Entscheidend im Hinblick auf die Übertragung in antisemitische Denkmuster ist, ob damit das jüdische Kollektiv gemeint ist.

⁵ Betrachtet man den Zusammenhang beider Messungen (Boykott-Unterstützung und israelbezogener Antisemitismus), erhält man deutliche, aber keineswegs vollständige Korrelationen von 0,54 in der Studierenden- und 0,59 in der Bevölkerungsstichprobe.

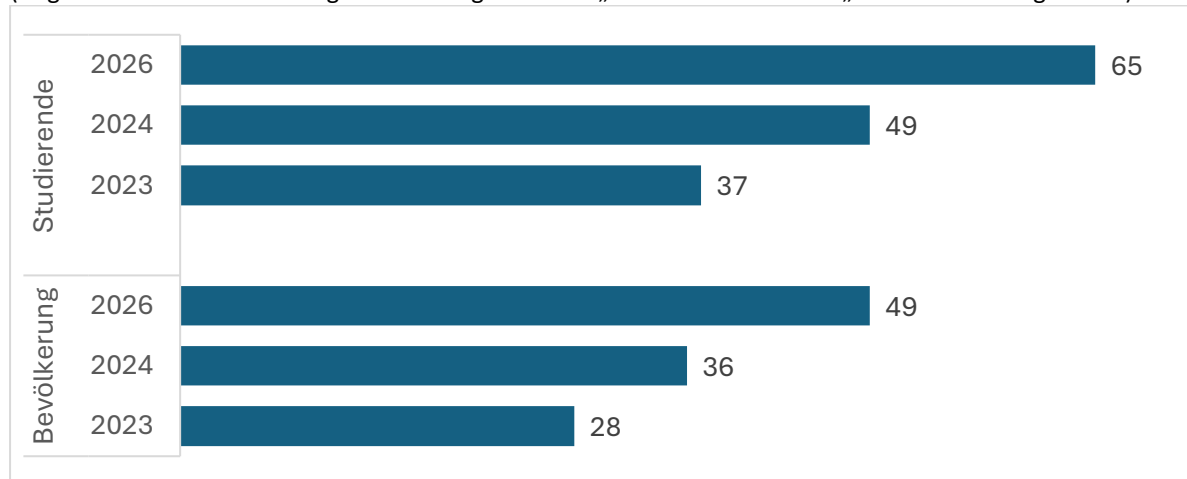
Genozid-Vorwurf als zentrale Konfliktlinie

Ein besonders markanter Einzelbefund der dritten Erhebung betrifft die Bewertung der israelischen Kriegsführung in Gaza: Zwei Drittel der befragten Studierenden sind der Überzeugung, dass die israelische Armee einen Genozid begehe. Die Anteilswerte bei Studierenden haben sich deutlich erhöht (vgl. Abbildung 4) – von 37 Prozent (2023) über 49 Prozent (2024) auf nun 65 Prozent (2026) – und liegen damit ebenso klar über den Vergleichsanteilen in der Bevölkerungsstichprobe (28, 36 und 49 Prozent).⁶ Diese Zustimmungsrate ist angesichts der Kontroversität der völkerrechtlichen und politischen Debatte über die Anwendbarkeit des Genozid-Begriffs auf das Vorgehen Israels in Gaza als sehr hoch einzustufen und deutet auf eine breite Verankerung dieser Deutung unter Studierenden hin.

Wir haben den Genozid-Vorwurf in zweifacher Hinsicht einer präziseren Untersuchung unterzogen. Zunächst wurden die Studierenden gebeten anzugeben, wie sicher sie sich bei der völkerrechtlichen Bewertung sind (5-Punkt-Skala von 1 „sehr unsicher“ bis 5 „sehr sicher“). Im Mittelwert erreichen die Studierenden einen hohen Wert (3,8), der deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt (3,4).⁷ Weiterhin wurde geprüft, ob eine zufällig zugewiesene Information (zur Methode: Mutz, 2011) darüber, was völkerrechtlich unter einem Genozid zu verstehen ist, die Einschätzung und die angegebene Sicherheit des Urteils verändert. Beides ist nicht der Fall: Studierende, die mit der Definition (Absicht, eine Bevölkerungsgruppe gezielt auszulöschen) konfrontiert wurden, bewerten die israelische Kriegsführung nicht anders als jene, die keine solche Definition erhielten.⁸

Abbildung 4: Zustimmung der Befragten zur Aussage: Das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen kann als Genozid bezeichnet werden (Studierende und Bevölkerung, 2023, 2024 und 2026)

(Angaben in % für zusammengefasste Kategorien 4–5: „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2023, 2024, 2026). 2026: N_{Stud} = mindestens 1.010; N_{Bev} = mindestens 1.033; 2024: N_{Stud} = 1.873; N_{Bev} = 2.022; 2023: N_{Stud} = mindestens 2.321; N_{Bev} = mindestens 2.084. Fragetext 2023 und 2024: „Das militärische Vorgehen Israels bedeutet einen Genozid an der palästinensischen Zivilbevölkerung“. Fragetext 2026: „Das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen kann als Genozid bezeichnet werden“.

⁶ Die Steigerungsrate fällt in der Studierendenstichprobe nur unwesentlich höher aus als in der Bevölkerungsstichprobe (76 Prozent zu 75 Prozent).

⁷ T-Test der beiden ungewichteten Samples: $t = 8.1769$ ($df = 2.055$) $p > 0,0001$.

⁸ T-Test der Experimental- und Kontrollgruppe im Studierenden-sample: $t = 0.6065$ ($df = 1.008$) n.s. Auch im Bevölkerungssample macht das Info-Treatment keinen Unterschied.

Dieses Nullresultat des Info-Treatments ist aufschlussreich. Es spricht dagegen, dass die hohe Zustimmung zur Genozid-These primär auf einem laxen oder uninformatierten Gebrauch des Begriffs beruht, der sich durch bessere Aufklärung über die juristische Definition korrigieren ließe. Stattdessen deutet der Befund darauf hin, dass die Bewertung der israelischen Kriegsführung als Genozid bei den Studierenden bereits stark verankert und resistent gegenüber definitorischer Präzisierung ist. Die Urteilsbildung scheint also weniger kognitiv als vielmehr moralisch-politisch vorstrukturiert zu sein: Eine bereits gefestigte Position wird durch zusätzliche begriffliche Information nicht mehr infrage gestellt. Diese Interpretation wird durch Ergebnisse gestützt, wonach Genozid-Vorwürfe teils schon vor der israelischen Bodenoffensive erhoben wurden (Rubin & Grayson, 2025).

In Verbindung mit den bisherigen Tendenzen – ansteigender israelbezogener Antisemitismus im Aggregat, deutlich erhöhte beobachtete Vorfallhäufigkeit, gewachsene Unterstützung der Boykottbewegung – ergibt sich ein Gesamtbild, in dem sich die wahrgenommene soziale Realität an Hochschulen verschärft: Israel ist in der Wahrnehmung vieler Studierender ein „Täterstaat“, dessen politisch-moralische Legitimität schwindet. Die grundsätzliche Verteilung israelbezogener Ressentiments hat sich dabei seit 2023 zwar auch erhöht, aber stärker noch die Bereitschaft, Positionen zur Delegitimierung Israels im Hochschulkontext offen zu äußern, sowie der Anteil derjenigen, die solche Positionen unter Peers beobachten. Die Hochschule wirkt als Verstärkerraum, in dem vorhandene Positionen sichtbarer, dichter erlebt und sozial folgenreicher werden, insbesondere im Alltag von Betroffenen.

Surveyexperiment zum Existenzrecht Israels

Eine mögliche Chiffrierung israelbezogenen Antisemitismus besteht darin, das Existenzrecht des jüdischen Staats beinahe 80 Jahre nach seiner Gründung in Zweifel zu ziehen. In der zweiten Befragungswelle konnte eine beachtliche Indifferenz zu Statements zum „Existenzrecht“ festgestellt werden. Auch wenn der Anteil Studierender, die das Existenzrecht Israels ablehnten, mit 5 bis 6 Prozent (Hinz et al., 2025: 28) kleiner ausfiel als der Anteil der Studierenden mit israelbezogenen antisemitischen Ressentiments, war der Anteil derjenigen, welche die Antwortvorgabe „Es gibt Für- und Gegenargumente bezüglich des Existenzrechts Israels“ wählten, mit 25 bis 43 Prozent hoch – je nachdem, ob eine Angabe zur Meinungslosigkeit vorgesehen war. Dabei ist es fraglich, ob hierfür tatsächlich Wissenslücken zur Staatsgründung ursächlich sind – oder sich in der auf den ersten Blick abwägend wirkenden Position nicht eine antisemitische Chiffre verbirgt. Mit der dritten Erhebung sollte der Frage nach dem Existenzrecht deshalb in einem Surveyexperiment nachgegangen werden.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das „Existenzrecht“ ein abstrakt moralischer, aber kein völkerrechtlich klar definierter Begriff ist. Er meint: Ein staatliches Gebilde wird als Mitglied der Staatengemeinschaft grundsätzlich anerkannt – als politisch legitimer Akteur in der Staatengemeinschaft. Dies stellt eine Selbstverständlichkeit für die meisten Staaten dar, die im Fall Israels allerdings historisch nie selbstverständlich war, da mehrere Nachbarstaaten und nichtstaatliche Akteure diese Anerkennung über Jahrzehnte explizit verweigerten. Analytisch interessant wird der Begriff, wenn sich diese abstrakte moralisch-politische Grundbedeutung mit einer Chiffre verbindet, an der sich die Grenze zwischen legitimer politischer Kritik und Delegitimierung entscheidet. Wer die Politik einer Regierung, eine bestimmte Kriegsführung oder eine Siedlungspraxis kritisiert, bestreitet damit nicht notwendigerweise, dass der Staat als solcher bestehen darf. Wer hingegen das Existenzrecht selbst infrage stellt, verschiebt die Kritik von einer zeitlich und sachlich begrenzten Bewertung staatlichen Handelns auf eine grundsätzliche, zeitlich unbegrenzte Aberkennung der Legitimität des Staates als solchem. Genau diese Verschiebung von der Handlungs- auf die Existenzebene macht das Existenzrecht zu einem trennscharfen Indikator für Delegitimierung.

Experimentaldesign. Im Rahmen der Studie wurde ein Discrete-Choice-Experiment (Paarvergleichsdesign, vgl. Hainmueller et al., 2014) eingesetzt, um Präferenzen zwischen vier Aussagen zu ermitteln: (1) „Der Staat Israel habe kein legitimes Existenzrecht und das Gebiet sollte langfristig vollständig unter palästinensischer Kontrolle kommen“ (Delegitimierung). (2) „Der jüdische Staat solle langfristig durch einen gemeinsamen demokratischen Staat ersetzt werden, in dem Israelis und Palästinenser gleiche Rechte haben“ (Ein-Staaten-Lösung). (3) „Der Staat Israel habe ein legitimes Existenzrecht, gleichzeitig solle neben Israel ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen“ (Zwei-Staaten-Lösung). (4) „Der Staat Israel habe ein legitimes Existenzrecht, das sich auch aus der besonderen historischen Situation nach der Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland ergibt“ (historische Verantwortung). Die Befragten stellten sich hypothetische Diskussionen vor, die entweder „mit Freunden“ oder „im Fernsehen“ stattfinden, und bewerteten jeweils drei Paarvergleiche der vier Aussagen.

Abbildung 5 zeigt exemplarisch ein ausgewähltes Choice-Set, wie es in der Befragung angezeigt wurde. Das Framing „unter Freunden“ und „im Fernsehen“ variiert zufällig nur zwischen den Befragten. Die Position der Items bei Diskutant A oder Diskutant B wechselt ebenfalls zufällig.

Abbildung 5: Screenshot des Discrete-Choice-Experiments zum Existenzrecht Israels

Im Folgenden werden drei hypothetische Diskussionen vorgestellt, bitte geben Sie jeweils an, welchem Diskutant Sie eher zustimmen.

Diskussion 1:

In einer Diskussion **mit Freunden** über das Existenzrecht Israels kommt es zu zwei unterschiedlichen Meinungen.

Diskutant A

Der Staat Israel habe ein legitimes Existenzrecht, gleichzeitig solle neben Israel ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen.

Diskutant B

Der Staat Israel habe ein legitimes Existenzrecht, das sich auch aus der besonderen historischen Situation nach der Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland ergibt.

Wem stimmen Sie eher zu?

Eher Diskutant A

Eher Diskutant B

Wie stark ist Ihre Zustimmung zu dieser Position?

☐ Sehr schwach
☐ Schwach
☐ Mittel
☐ Stark
☐ Sehr stark

Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2026).

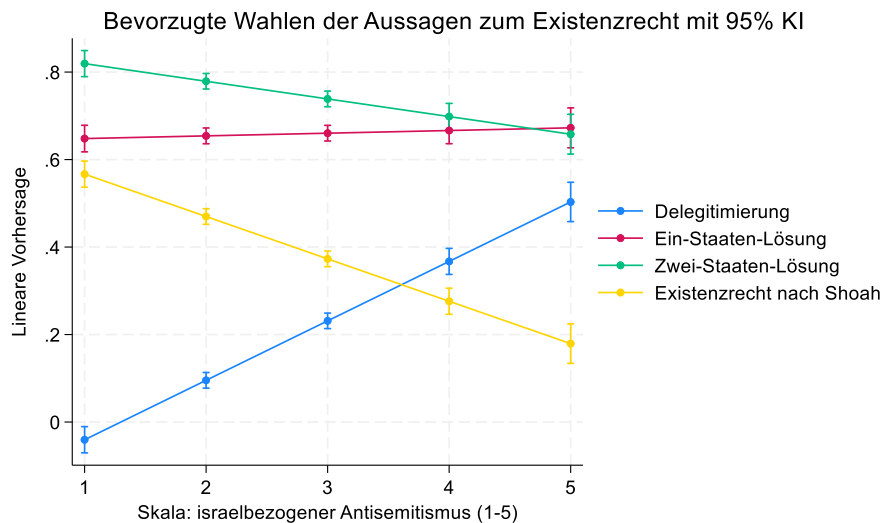
Ergebnisse. Alle drei alternativen Aussagen zu Israels staatlicher Existenz werden signifikant häufiger gewählt als die delegitimierende Referenzaussage (alle $p < 0,001$): Ein-Staaten-Lösung: $b = 0,81$, Zwei-Staaten-Lösung: $b = 1,03$, Historische Verantwortung: $b = 0,84$. Die Zwei-Staaten-Lösung wird damit am stärksten präferiert, gefolgt von der historischen Verantwortung gleichauf mit der Ein-Staaten-Lösung. Alle drei Interaktionsterme mit dem Antisemitismus-Score sind negativ und hoch signifikant ($p < 0,001$) – mit steigendem Antisemitismus-Score sinkt die relative Präferenz für alle drei Alternativaussagen gegenüber der delegitimierenden Aussage: Ein-Staaten-Lösung: $b = -0,13$, Zwei-Staaten-Lösung: $b = -0,18$, Historische Verantwortung: $b = -0,23$. Die Rangfolge der Interaktionsstärke zeigt, dass der Zusammenhang mit Antisemitismus am stärksten für die Aussage

zur historischen Verantwortung ist, gefolgt von der Zwei-Staaten-Lösung und am schwächsten für die Ein-Staaten-Lösung.⁹

Bei vier Aussagen ergeben sich rechnerisch sechs mögliche Paarungen. Zentrale Designelemente sind die Randomisierung der Aussagenposition (Kontrolle von Reihenfolgeeffekten), die Unterscheidung zweier Diskutanten (Kontrolle von Positionseffekten) sowie eine Between-Subjects-Variation des Diskussionskontexts (privat vs. medial). In 5.910 Choice-Situationen war eine Diskussion mit Freunden der angezeigte soziale Kontext, in 6.162 Choice-Situationen begegneten sich die Diskutanten im Fernsehen – eine mit rund 49 zu 51 Prozent nahezu ausbalancierte Zuweisung.

Zur Auswertung wurden lineare Wahrscheinlichkeitsmodelle (LPM) geschätzt, in denen die binäre abhängige Variable (Wahl von Aussage A vs. B) auf Dummy-Variablen für die verglichenen Aussagen, die Positions- und Framing-Variablen sowie den israelbezogenen Antisemitismus-Score (Skala 1–5) inklusive Interaktion regressiert wird. Referenzkategorie ist die delegitimierende Aussage.

Abbildung 6: Zustimmung zu Aussagen über den Staat Israel nach israelbezogenem Antisemitismus



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2026).

Den Befragten wurden randomisiert Paarvergleiche der vier Aussagen zum Existenzrecht Israels vorgelegt; jede Person beantwortete drei Paarvergleiche. Die Abbildung zeigt die aus einem linearen Wahrscheinlichkeitsmodell (LPM) geschätzten Vorhersagewahrscheinlichkeiten, mit denen eine Aussage im Paarvergleich gegenüber den jeweils anderen drei Aussagen bevorzugt wird – in Abhängigkeit vom israelbezogenen Antisemitismus-Score (x-Achse, Skala 1–5). $N_{\text{choices}} = 11.922$; $N_{\text{stud}} = 1.987$. Modellgüte des LPM $R^2 = 0,236$.

Bei niedrigem Antisemitismus-Wert (1) liegt die Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung am höchsten ($\sim 0,82$), gefolgt von der Ein-Staaten-Lösung ($\sim 0,65$) und der Aussage zur historischen Verantwortung ($\sim 0,55$), während die delegitimierende Aussage kaum gewählt wird (≈ 0) (vgl. Abbildung 6). Mit höchstem Antisemitismus-Wert (5) kehrt sich das Bild um: Die delegitimierende Aussage gewinnt deutlich an Zustimmung (auf $\sim 0,50$), während insbesondere die historische-Verantwortung-Aussage am stärksten abfällt (auf $\sim 0,18$) und Zwei-Staaten- sowie Ein-Staaten-Lösung auf einem mittleren, nahezu identischen Niveau ($\sim 0,65$ – $0,67$) konvergieren.¹⁰

⁹Die Standardfehler wurden auf Personenebene geclustert (1.987 Cluster, $N = 11.922$; die Differenz zur Gesamtzahl von 12.072 Choice-Situationen ergibt sich aus listenweisem Fallausschluss bei fehlenden Werten im Antisemitismus-Score). Das Modell erklärt rund 23,6 Prozent der Varianz ($R^2 = 0,236$).

¹⁰Der Positionseffekt (Diskutant B vs. A) ist mit $b = 0,016$ ($p = 0,132$) statistisch nicht signifikant – es liegt somit kein systematischer Positions-/Reihenfolgebias vor, der die Validität der Aussagenvergleiche gefährden würde. Die Bedingung

Das Experiment zeigt einen robusten und theoretisch konsistenten Befund: Je höher der israelbezogene Antisemitismus-Score, desto eher wird die delegitimierende Position gegenüber allen drei anderen Positionen bevorzugt. Besonders ausgeprägt ist dieser Zusammenhang bei der Aussage zur historischen Verantwortung, die bei hohem Antisemitismus-Score am stärksten an Zustimmung verliert. Methodische Verzerrungen durch Positionierung oder Erhebungskontext sind dagegen vernachlässigbar.

Die Mittelwerte der ungewichteten Wahlwahrscheinlichkeit (ohne Berücksichtigung des Antisemitismus-Scores) bestätigen die im LPM gefundene Rangfolge: Die Zwei-Staaten-Lösung „gewinnt“ im paarweisen Vergleich am häufigsten (75 Prozent), gefolgt von der Ein-Staaten-Lösung (65 Prozent) und der historischen Verantwortung (42 Prozent). Am seltensten „gewinnt“ die delegitimierende Aussage (16,4 Prozent). Unter vereinfachenden Annahmen lassen sich diese Mittelwerte näherungsweise in Prävalenzen einer einfachen Wahl unter den vier Alternativen umrechnen: 38 Prozent (Zwei-Staaten-Lösung), 33 Prozent (Ein-Staaten-Lösung), 21 Prozent (historische Verantwortung) und 8 Prozent (Delegitimierung). Diese Umrechnung setzt voraus, dass die paarweisen Präferenzen einem konsistenten Entscheidungsmodell folgen, also keine intransitiven Präferenzzyklen vorliegen.¹¹

Die Konfidenzintervalle der vier Mittelwerte überschneiden sich nicht, sodass die Unterschiede zwischen sämtlichen Paaren als statistisch bedeutsam zu interpretieren sind. Besonders auffällig ist der große Abstand zwischen den beiden am häufigsten gewählten, das Existenzrecht grundsätzlich anerkennenden Aussagen (Zwei-Staaten- bzw. Ein-Staaten-Lösung) einerseits und der historisch begründeten Existenzrechts-Aussage andererseits: Obwohl auch Letztere das Existenzrecht bejaht, wird sie deutlich seltener präferiert – ein Hinweis darauf, dass die explizite Verknüpfung des Existenzrechts mit der NS-Verfolgungsgeschichte im Vergleich zu gegenwartsbezogenen Formulierungen auf geringere Zustimmung stößt.

Das Existenzrecht wird offenkundig unterschiedlich akzeptiert, je nachdem, worauf es sich stützt. Eine Begründung aus universalistischen Prinzipien (Selbstbestimmungsrecht beider Völker, Zwei-Staaten-Lösung) erzielt deutlich höhere Zustimmung als eine explizit historisch-partikularistische Begründung aus der NS-Verfolgungsgeschichte – und Letztere verliert bei steigendem Antisemitismus-Score am stärksten an Rückhalt. Eine auf die Schoah gestützte Legitimation überzeugt unter Studierenden damit nur eine Minderheit; der Zusammenhang zwischen dieser Form der Delegitimierung und israelbezogenem Antisemitismus ist augenscheinlich.

Eine wichtige Anmerkung: Bei der Einordnung der Ein-Staaten-Lösung als moderate, das Existenzrecht grundsätzlich bejahende Position ist Vorsicht geboten. Anders als die Zwei-Staaten-Lösung, die trotz ihrer gegenwärtigen politischen Unerreichbarkeit zumindest nominell von der internationalen Gemeinschaft, über einen gewissen Zeitraum auch von der israelischen Regierung (nach dem Oslo-Abkommen 1993 bis 2001) und der Palästinensischen Autonomiebehörde als Zielvorstellung geteilt wird, hat das Modell eines gemeinsamen demokratischen Staates unter den real existierenden politischen Konstellationen ebenfalls keine erkennbare Realisierungsperspektive: Es findet weder im israelischen Mainstream noch bei den maßgeblichen palästinensischen Akteuren nennenswerten Rückhalt. Es wird vor allem von Minderheiten in Israel befürwortet.¹² Hinzu kommt, dass die verwendete Item-Formulierung selbst bereits die Ablösung des jüdischen Staates durch

„Diskussion im Fernsehen“ zeigt gegenüber „Diskussion mit Freunden“ einen kleinen, nur grenzwertig signifikanten positiven Effekt ($b = 0,006$, $p = 0,053$) auf die generelle Zustimmungsneigung – der Kontext der Diskussion spielt also allenfalls eine marginale Rolle für das Antwortverhalten.

¹¹ Eine explizite Prüfung anhand der einzelnen Paarvergleichszellen erfolgt in einer eigenen Publikation zu den Surveyexperimenten.

¹² Laut einer gemeinsamen Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) und dem International Program in Conflict Resolution and Mediation, Tel Aviv University vom Juli 2024 (Shikaki et al., 2024) sprechen sich 14 Prozent der jüdischen Israelis für eine demokratische Ein-Staaten-Lösung aus und 21 Prozent für die Zwei-Staaten-Lösung.

einen gemeinsamen Staat vorsieht ('Der jüdische Staat solle langfristig ... ersetzt werden') – in der Substanz bedeutet dies das Ende Israels als jüdischer Nationalstaat, auch wenn dies, anders als bei der explizit delegitimierenden Aussage, in einem Rahmen von Gleichberechtigung statt Auslöschung gerahmt wird. Die Zustimmung zur Ein-Staaten-Lösung lässt sich daher nicht ohne Weiteres als Bejahung des Status quo lesen, sondern kann – zumindest bei einem Teil der zustimmenden Befragten – auch eine unter friedlicherem Vorzeichen formulierte Ablehnung des bestehenden Staates Israel darstellen. Diese Doppeldeutigkeit relativiert die auf den ersten Blick recht hohe Zustimmung zur Ein-Staaten-Lösung (65 Prozent im paarweisen Vergleich) und legt nahe, sie in künftigen Wellen durch eine zusätzliche, expliziter nach der fortbestehenden jüdischen Selbstbestimmung fragende Aussage weiter zu differenzieren.

Wahrgenommenes Diskursklima: „Silencing“ und Polarisierung

In der aktuellen Befragung wurde erstmals auch danach gefragt, inwieweit Kritik an der Politik Israels in öffentlichen Debatten durch den Vorwurf, sie sei antisemitisch, unterdrückt werde.¹³ Einem entsprechenden Item stimmt die Hälfte der Studierenden (51 Prozent) „eher“/„voll und ganz“ zu (ähnlicher Anteil in der Bevölkerungsstichprobe: 48 Prozent). Noch stärker fällt die Zustimmung zum Item „Menschen vermeiden es oft, die Politik Israels offen zu kritisieren, weil sie fürchten, als antisemitisch bezeichnet zu werden“ aus: 63 Prozent der Studierenden und ebenso 63 Prozent der Bevölkerungsstichprobe stimmen „eher“/„voll und ganz“ zu. Zwei Drittel der Studierenden (und 58 Prozent in der Bevölkerungsstichprobe) erleben die öffentliche Diskussion über Israel und Palästina zudem als sehr polarisiert.

Diese Zahlen fügen der bisherigen Befundlage eine weitere Facette hinzu. Anders als bei der Unterstützung der Boykottmaßnahmen und der Ansichten zum Genozid-Vorwurf, wo Studierende teils deutlich höhere Werte als die Bevölkerung aufweisen, liegen die Werte zum wahrgenommenen „Silencing“ von Israelkritik bei Studierenden und Bevölkerung nahezu gleichauf. Das legt nahe, dass die Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Diskursklimas, in dem Kritik an Israel unterdrückt werde, kein hochschulspezifisches Phänomen ist, sondern breit geteilt, unabhängig von der sonst beobachteten Sonderdynamik an Hochschulen existiert.

Zugleich verweist das wahrgenommene „Silencing“ auf ein problematisches Muster: Die Vorstellung, Kritik an Israel werde durch den Antisemitismusvorwurf mundtot gemacht, ist in der Antisemitismusforschung selbst als wiederkehrendes Deutungsmuster beschrieben (Bergmann & Erb, 1986: Kommunikationslatenz; Rensmann, 2017: Täter-Opfer-Umkehr im sekundären Antisemitismus). Eine gleichzeitige hohe Zustimmung zu „wird unterdrückt“ und zu den tatsächlich sehr verbreiteten kritischen bis delegitimierenden Positionen selbst (73 Prozent Kritik am militärischen Vorgehen in Libanon und Iran¹⁴, 41 Prozent BDS-Zustimmung, zwei Drittel Genozid-Vorwurf) ist empirisch auffällig: Eine Mehrheitsmeinung, die sich zugleich in einer unterdrückten Minderheitenposition sieht, spricht eher für eine verzerrte Wahrnehmung als für eine faktische Zensurerfahrung. Die Zustimmung zur „Silencing“-These korreliert überdies mit dem israelbezogenen Antisemitismus-Score für Studierende ($r = 0,27$) und die Bevölkerungsstichprobe (r

¹³ Eine strukturell ähnliche Debatte wird auch in der US-amerikanischen Forschung geführt, wo ebenfalls umstritten ist, ob Sorgen über Campus-Antisemitismus die gelebte Realität jüdischer Studierender widerspiegeln oder politisch instrumentalisiert werden, um israelkritische Meinungsäußerung einzuschränken (Kopstein et al., 2025).

¹⁴ Während der dritten Befragung verschob sich das Kriegsgeschehen in den Iran und in den Libanon. Die Zustimmung zur Aussage „Der Militäreinsatz Israels führt zu unermesslichem Leid unter der Zivilbevölkerung im Libanon und im Iran“ beläuft sich unter den Studierenden insgesamt auf 73 Prozent. Unter denjenigen Studierenden, die als nicht antisemitisch eingestuft werden, sind es 71 Prozent.

= 0,31). Dies unterstützt zumindest partiell die Deutung des „Silencing“ als sekundäranisemitisches Abwehrrnarrativ empirisch.

Schlussfolgerungen für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit

Aus den Ergebnissen der dritten Erhebungswelle lassen sich mehrere praktische Konsequenzen für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit ableiten, die über punktuelle Reaktionen auf einzelne Vorfälle hinausgehen.

Wissensvermittlung allein reicht nicht aus: Der Nullbefund des Info-Treatments zur Genozid-Definition spricht gegen ein Bildungsverständnis, das primär auf Informationsdefizite setzt. Bildungsformate, die auf reine Wissensvermittlung setzen, brauchen eine Ergänzung durch Formate, die die zugrunde liegenden Deutungsrahmen selbst zum Gegenstand machen – etwa Perspektivübernahme, biografisches Lernen oder die Auseinandersetzung mit der Entstehung eigener Urteile.

Bildungsarbeit muss informelle Räume adressieren: Die Diskrepanz zwischen der niedrigen Nennung von „Hochschule“ (11 Prozent) und den hohen Werten bei Internet/soziale Medien (54 Prozent) und Demonstrationen (51 Prozent) zeigt, dass sich relevante Sozialisationsprozesse zu einem erheblichen Teil außerhalb klassischer institutioneller Formate abspielen. Bildungsarbeit sollte deshalb explizit Peer-to-Peer-Formate, Multiplikator/innen-Schulungen für Studierendenvertretungen sowie eine aktive Auseinandersetzung mit studentisch genutzten Social-Media-Kanälen einschließen.

Postkoloniale und aktivistische Deutungsrahmen inhaltlich diskutieren: Da sich israelbezogener Antisemitismus gerade dort tarnen kann, wo er sich als antikoloniale oder menschenrechtliche Kritik präsentiert, greift eine Bildungsarbeit zu kurz, die diese Diskursrahmen pauschal meidet. Notwendig erscheint eine differenzierte inhaltliche Auseinandersetzung, die legitime postkoloniale Fragestellungen von der spezifischen Übertragungsleistung „Israel = Judenkollektiv = kollektives Übel“ trennt.

Versuche der pauschalen Delegitimierung Israels brauchen universalistisch ansetzende Angebote: Da eine allein auf die NS-Verfolgungsgeschichte gestützte Begründung des Existenzrechts bei steigendem Antisemitismus-Score am stärksten an Zustimmung verliert, verlieren klassische Holocaust-Education-Formate bei ohnehin ressentimentgeladenen Gruppen an Wirkung. Ergänzend – nicht ersetzend – erscheinen deshalb Formate sinnvoll, die das Existenzrecht über das Selbstbestimmungsrecht von Völkern allgemein begründen.

Bildungsarbeit auf Dauer stellen: Der von RIAS beschriebene neue „Normalzustand“ und die kontinuierliche Verschärfung von BDS-Zustimmung und Genozid-Vorwurf über drei Erhebungswellen hinweg sprechen gegen ein rein reaktives, anlassbezogenes Format. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit sollte curricular verstetigt statt punktuell nachgeschoben werden.

Trennschärfe zwischen Israelkritik und Antisemitismus trainieren: Da sich legitime Kritik (etwa 73 Prozent Kritik am zum Befragungszeitpunkt aktuellen militärischen Vorgehen im Libanon und im Iran) und antisemitische Zuschreibung im Diskurs faktisch überlappen können, braucht es Formate, die Lehrende und Multiplikator/innen befähigen, diese Grenze im konkreten Seminar- oder Diskussionskontext situativ zu erkennen, statt sie nur abstrakt zu definieren.

Warum die Fortsetzung der Erhebungsreihe sinnvoll ist

Die hier vorgestellten Ergebnisse legen nahe, dass sich die Untersuchung israelbezogenen Antisemitismus an deutschen Hochschulen nicht mit einer anlassbezogenen Bestandsaufnahme erledigen lässt, sondern auf eine kontinuierliche Beobachtung angelegt sein sollte. Bereits der Vergleich der drei bisherigen Erhebungswellen zeigt, dass sich die Lage keineswegs linear oder eindimensional entwickelt: Während der israelbezogene Antisemitismus im engeren Sinne seit 2023 zunimmt, hat sich die Zustimmung zu BDS-Boykottforderungen in der Studierendenschaft noch deutlicher erhöht, ebenso wie die Schere zur Bevölkerung größer geworden ist. Ein solches Auseinanderlaufen verschiedener Dimensionen lässt sich nur durch wiederholte, methodisch vergleichbare Messungen sichtbar machen.

Weiterhin hat sich mit dem Choice-Experiment zur Existenzrechtsfrage gezeigt, dass sich hinter scheinbar stabilen Konstrukten weitere, bislang nicht erschlossene Differenzierungen verbergen, etwa die unterschiedliche Reaktion einer historisch-partikularistisch und einer universalistisch begründeten Existenzrechts-Legitimation auf antisemitisches Ressentiment. Solche Resultate werfen neue Fragen auf, die sich nur durch Fortführung der Erhebungsreihe mit denselben oder gezielt erweiterten experimentellen Modulen beantworten lassen.

Schließlich ist die Untersuchungsreihe der AG Hochschulforschung mit ihrem Fokus auf experimentelle Designs in der Lage, kausal informativere Aussagen zu treffen. Das Info-Treatment zur Genozid-Definition oder das Choice-Experiment zur Existenzrechtsfrage entfalten ihren Erkenntniswert gerade dadurch, dass sie auf einer etablierten, seit 2023 eingesetzten Antisemitismus-Skala aufsetzen und deren Validität und Stabilität mit jeder weiteren Welle zusätzlich bestätigen oder korrigieren.

Nicht zuletzt liefert die Fortsetzung der Reihe auch praktisch verwertbares Wissen für Hochschulleitungen, Politik und die interessierte Öffentlichkeit, die auf aktuelle, belastbare Daten zum Meinungsklima an Hochschulen angewiesen sind. Eine fortlaufende Beobachtung ist damit nicht nur wissenschaftlich, sondern auch gesellschaftlich geboten.

Literatur

- American Jewish Committee Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations. (2025). *Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen*. Berlin. https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf
- Baier, J. (2021). *Antisemitismus in der BDS-Kampagne*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/328693/antisemitismus-in-der-bds-kampagne/>
- Bergmann, W., & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38(2), 223–246.
- Bernstein, J., Bodenheimer, A., & Schilling, E. (Hrsg.). (2026). *Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober: Zeugnisse von Betroffenen*. Göttingen: Wallstein.
- Beyer, H., Rensmann, L., & Schulz, C. (2026). »Sozialismus der dummen Kerle«? Eine experimentelle Studie zum Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Bildung. *Leviathan*, 54, 182–217. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2026-2-182>
- Bourdieu, P., & Passeron, J.-C. (1971). *Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungssystems am Beispiel Frankreichs*. Stuttgart: Klett.
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. (2024). *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023: Jahresbericht*. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. (2025). *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024: Jahresbericht*. https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. (2026). *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025: Jahresbericht*. https://report-antisemitism.de/documents/17-06-26_RIAS_Bund_Jahresbericht_2025.pdf
- Chernivsky, M., & Lorenz-Sinai, F. (2025). *Bundesweite Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland*. [Zwischenbericht]. Berlin: Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS). <https://koas-bildungundforschung.de/forschung-projekte/bundesweite-studie-zu-den-auswirkungen-des-terroristischen-anschlags-am-7-oktober-2023-auf-die-juedische-und-israelische-community-in-deutschland/>
- Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E. (Hrsg.). (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- DellaPergola, S., & Zlochin, M. (2026). Population representativeness and interviewer-level heterogeneity in the Gaza Mortality Survey. *The Lancet Global Health*, 14(8), 103991. <https://doi.org/10.1016/j.langlo.2026.103991>.
- Feinberg, A. K. (2020). Homeland violence and diaspora insecurity: An analysis of Israel and American Jewry. *Politics and Religion*, 13, 1–27. <https://doi.org/10.1017/S1755048319000099>
- Groß, E., Zick, A., & Krause, D. (2012). Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(16–17), 11–18.
- Guillot, M., Draid, M., Cetorelli, V., Monteiro Da Silva, J. H. C., & Lubbad, I. (2025). Life expectancy losses in the Gaza Strip during the period October, 2023, to September, 2024. *The Lancet*, 405(10474), 478–485. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)02810-1](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)02810-1)
- Hainmueller, J., Hopkins, D. J., & Yamamoto, T. (2014). Causal inference in conjoint analysis: Understanding multidimensional choices via stated preference experiments. *Political Analysis*, 22(1), 1–30.
- Hartmann, M. (2004). *Elitesozilogie: Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Heyder, A., & Eisentraut, M. (2020). Antisemitismus und Autoritarismus – Eine traditionell stabile Beziehung? Eine empirische Studie unter Berücksichtigung von Messinvarianz anhand der ALLBUS-Daten 1996/2006/2012/2016. In A. Mays, A. Dingelstedt, V. Hambauer, S. Schlosser, F. Berens, J. Leibold & J. K. Höhne (Hrsg.), *Grundlagen - Methoden - Anwendungen in den Sozialwissenschaften: Festschrift für Steffen M. Kühnel* (S. 327–344). Wiesbaden: Springer VS.
- Hinz, T., Marczuk, A., & Multrus, F. (2024). *Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen*. (Working Paper Series Nr. 16). Universität Konstanz, Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“. <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-1a59j9v824fmw4>
- Hinz, T., Marczuk, A., & Multrus, F. (2025). *Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen*. (Working Paper Series Nr. 43). Universität Konstanz, Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“. <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-tr9zst47z02p6>
- Hinz, T., Mozer, K., & Strauß, S. (2023). *Durchführbarkeit und Qualität von rapid response research (R3HighEd)*. Bericht der AG Hochschulforschung. Universität Konstanz. <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-19liauo500q235>
- Hochschulrektorenkonferenz. (2024). *Hochschulen als freien Diskursraum sichern* [Entschließung der 38. HRK-Mitgliederversammlung vom 14. Mai 2024]. Abgerufen von <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/hochschulen-als-freien-diskursraum-sichern/>
- Illouz, E. (2025). *Der achte Oktober*. Frankfurt: Suhrkamp.
- International Court of Justice. (2023). *The Republic of South Africa institutes proceedings against the State of Israel and requests the Court to indicate provisional measures*. (Press Release No. 2023/77), 29 December 2023. The Hague: ICJ. <https://www.icj-cij.org/node/203395>
- International Criminal Court. (2024). *Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel's challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant*. [Press Release],

- 21 November 2024. The Hague: ICC. <https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges>
- Josef Tamir, T., & Jarvers, I. (2026). Perceived antisemitism and the mental health of Jewish university students in Germany: A quantitative comparative study. *BMC Public Health*, 26(1), Article 1702. <https://doi.org/10.1186/s12889-026-27714-5>
- Kassis, W., & Schallié, C. (2013). The Dark Side of the Academy: Antisemitism in Canadian and German Students. *Journal for the Study of Antisemitism*, 5(1), 63–92.
- Katz, V. S., Forman, E. R., & McGuire, N. H. (2025). Unsettled Ground: How Jewish Undergraduates are Negotiating Identity Shifts and (Un)civil Campus Discourse after October 7. *Journal of Jewish Education*, 91(2), 249–274. <https://doi.org/10.1080/15244113.2025.2481249>
- Kopstein, J. S., Shenhav-Goldberg, R., & Schugurensky, A. (2025). Attitudes toward Jews on Campus before and after October 7, 2023. *Israel Studies Review*, 40(1), 19–26. <https://doi.org/10.3167/isr.2025.400104>
- Kranz, D. (2026a). Nicht eine, sondern viele Intersektionen: Jüdische Migrationsgeschichte und -gegenwart in Deutschland. In N. Kamcili-Yildiz, B. Konz, & J. Willems (Hrsg.), *Religiöse Diversität intersektional: Herausforderungen für die Lehrkräftebildung* (S. 71–88). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Kranz, D. (2026b). Kontinuitäten von Antijudaismus, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in Wissenschaft und Forschung. In A. Jacobs & R. Ottinger (Hrsg.), *Akademischer Antisemitismus: Wie Forschung und Lehre Judenhass begründen und verbreiten* (S. 45–64). Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Kranz, D., & Liebig, S. (2026). A silent boycott is like gaslighting – makes you doubt yourself. *Soziologie*, 55(3), 318–326.
- Krasner, J., Weiner, C., Greenwald, M., & Rothchild, L. (2025). Between home and homeland: Jewish college students confront the Israel-Gaza conflict and campus divides. *Journal of Jewish Education*, 91(2), 205–248. <https://doi.org/10.1080/15244113.2025.2488844>
- Lenhard, P. (2024). "Go Back to Poland!" Der Zionismus, Palästina und das Paradigma des Siedlerkolonialismus. *Historische Zeitschrift*, 319, (3) 585–600. <https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0035>
- Mutz, D. C. (2011). *Population-Based Survey Experiments*. Princeton: Princeton University Press.
- OFEK (2026). *Stellungnahme zum Jahresbericht des Bundesverbands RIAS für 2025*. Online verfügbar unter <https://ofek-beratung.de/stellungnahme-zum-jahresbericht-des-bundesverbands-rias-fuer-2025/> (veröffentlicht 17.06.2026).
- Rensmann, L. (2017). *The Politics of Unreason: The Frankfurt School and the Origins of Modern Antisemitism*. Albany: SUNY Press.
- Rubin, D. I., & Grayson, M. L. (2025). Bandwagon "activism," uncritical thinking, and the ostracism of Jews in the name of progressive anti-Zionism. *Modern Judaism*, 45(2), 179–202. <https://doi.org/10.1093/mj/kjaf009>
- Sharansky, N. (2004). Foreword. *Jewish Political Studies Review*, 16, (3-4) [Sonderheft: Emerging Anti-Semitic Themes], 5–8.
- Shenhav-Goldberg, R., & Kopstein, J. S. (2020). Antisemitism on a California campus: Perceptions and views among students. *Contemporary Jewry*, 40, 237–258. <https://doi.org/10.1007/s12397-020-09320-8>
- Shikaki, K., Rosler, N., Yakter, A., & Scheindlin, D. (2024). *Palestinian-Israeli Pulse: A joint poll. Poll summary report*. Palestinian Center for Policy and Survey Research; International Program in Conflict Resolution and Mediation, Tel Aviv University. <https://pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report%20English%20Joint%20Poll%2012%20Sept%202024.pdf>
- Spagat, M., Pedersen, J., Shikaki, K., Robbins, M., Bendavid, E., Hegre, H., & Guha-Sapir, D. (2026). Violent and non-violent death tolls for the Gaza conflict: New primary evidence from a population-representative field survey. *Lancet Global Health*, 14, e552–e559. [https://doi.org/10.1016/S2214-109X\(25\)00522-4](https://doi.org/10.1016/S2214-109X(25)00522-4)
- VERA (2026). *The Academic Boycott. Europe 2025-26* (Report No. 4). <https://vera.org.il/wp-content/uploads/2026/05/The-Academic-Boycott-%E2%80%93-VERA-Report-No.-4-May-26-English-Version.pdf>
- Zick, A., Krause, D., Berghan, W., & Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 33–81). Bonn: Dietz.
- Zick A., & Preuß M. (2014). *Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Bericht zum Projekt ZuGleich*. Bielefeld/Essen: Stiftung Mercator.

Anhang

A1. Zur Konstruktvalidität der Skala israelbezogener Antisemitismus

Ein wiederkehrender Einwand gegen das Konzept des israelbezogenen Antisemitismus in den Erhebungen der AG Hochschulforschung lautet, es handle sich um ein Artefakt der Antisemitismusforschung selbst. So argumentieren Kritiker, Forschende würden sachliche politische Kritik am Staat Israel durch die Konstruktion einer eigenen Skala nachträglich als antisemitisch umdeuten, ohne dass dem ein empirisch nachweisbares, real existierendes Einstellungssyndrom zugrunde liege. Dieser Kritik, die auch in Diskussionen mit Kolleg/innen zu vernehmen ist, können vier Argumente entgegengehalten werden:

Erstens ist die in Hinz et al. (2024, 2025) und in diesem Artikel verwendete Skala kein Ad-hoc-Konstrukt der aktuellen Erhebungen, sondern beruht auf etablierten, seit Jahren in der Antisemitismusforschung eingesetzten Items (vgl. Decker et al., 2022; Groß et al., 2012; Heyder & Eisentraut, 2020; Zick et al., 2016; Zick & Preuß, 2014). Sie orientiert sich inhaltlich am 3-D-Test (Dämonisierung, Doppelstandards, Delegitimierung). Die drei Items lauten: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ – „Es ärgert mich, dass die Juden in aller Welt die Politik Israels unterstützen.“ – „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“

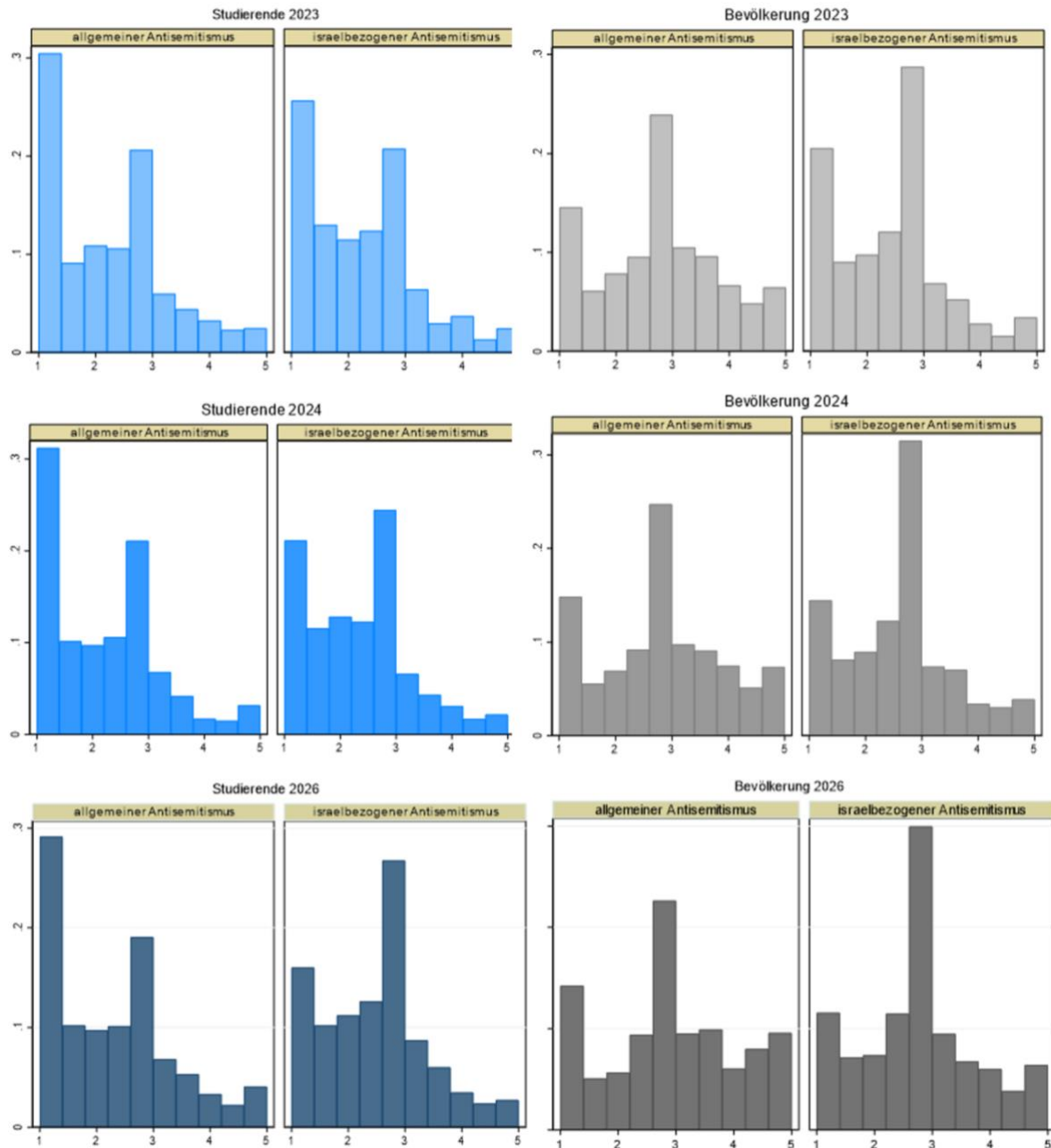
Zweitens ist entscheidend, wie diese Items formuliert sind, nicht nur, dass sie sich statistisch zu einer Skala zusammenfassen lassen. Keines der drei Items formuliert Kritik an der israelischen Regierung, an der israelischen Armee oder am Staat Israel als politischem Akteur. Stattdessen vollzieht jedes Item explizit eine Verschiebung des Objekts der Ablehnung von Israel auf „Juden“ als Kollektiv: Item 1 leitet aus israelischer Politik unmittelbar Verständnis für Ressentiments gegen „Juden“ ab – nicht gegen „die israelische Regierung“. Item 2 unterstellt „den Juden in aller Welt“ eine kollektive, homogene Unterstützung israelischer Politik und macht diese unterstellte Kollektivhaltung zum Gegenstand des Ärgers. Item 3 vollzieht die Gleichsetzung von Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland und aktiviert damit sekundäranisemitische Schuldabwehr-Mechanismen, die mit der differenzierten, empirisch separat erfassten Kritik an konkreten militärischen Maßnahmen nichts zu tun haben. Die Übertragung „Israel = Judenkollektiv = kollektives Übel“ trifft damit den analytischen Kern der Items – es handelt sich nicht um eine forscherseitige Interpretation, sondern um eine im Wortlaut selbst angelegte Übertragung.

Drittens spricht auch die methodische Trennschärfe der bisherigen Erhebungen gegen den Konstrukt-Einwand: Die Studien erfassen legitime Israelkritik, so etwa in den ersten beiden Wellen die Kritik am militärischen Vorgehen (71 Prozent) oder die Sorge um die palästinensische Zivilbevölkerung (54 Prozent) explizit getrennt von der Antisemitismus-Skala. Ein Ergebnis der ersten und zweiten Befragung lautet, dass diese Positionen auch ohne israelbezogenen Antisemitismus vertreten werden.

Viertens liegt die von Kritikern oft implizit vorausgesetzte Alternative – das Fehlen jeder Realität des Phänomens – schon deshalb nicht nahe, weil sich die Skala über mehrere unabhängige Erhebungswellen und Stichproben (Studierende, Bevölkerung, und ähnlich auch in anderen Studien weit vor dem 7. Oktober, vgl. etwa Kassis & Schallié, 2013) hinweg replizieren lässt und dabei konsistent mit anderen etablierten Antisemitismus-Indikatoren korreliert.

A2. Abbildungen

Abbildung A2_1: Antisemitismus-Skalen (allgemein und israelbezogen) für Studierende (dunkelblau) und Bevölkerung (grau), für 2023, 2024 und 2026
(Häufigkeitsverteilung in %, Skalenwerte von 1 bis 5)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2023, 2024 und 2026).

Allgemeiner Antisemitismus Items: (1) Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören. (2) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen. (3) Juden haben zu viel Einfluss in der Welt. *Israelbezogener Antisemitismus* Items: (1) Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat. (2) Es ärgert mich, dass die Juden in aller Welt die Politik Israels unterstützen. (3) Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.

In der Abbildung A2_1 sind die Häufigkeitsverteilungen der Messwerte (sog. Histogramme) beider Skalen für Studierende (blau) und die Bevölkerung (grau) für alle drei Erhebungsjahre (erste Zeile: 2023, zweite Zeile: 2024, dritte Zeile: 2026) dargestellt. Beide Skalen fassen jeweils drei Einzelitems zusammen. Die Messungen können jeweils Werte von 1 bis 5 annehmen. Befragte mit einem Wert von 1 haben bei allen Items einer Skala „überhaupt nicht“ zugestimmt, Befragte mit dem Höchstwert von 5 stimmten allen Items „voll und ganz zu“.

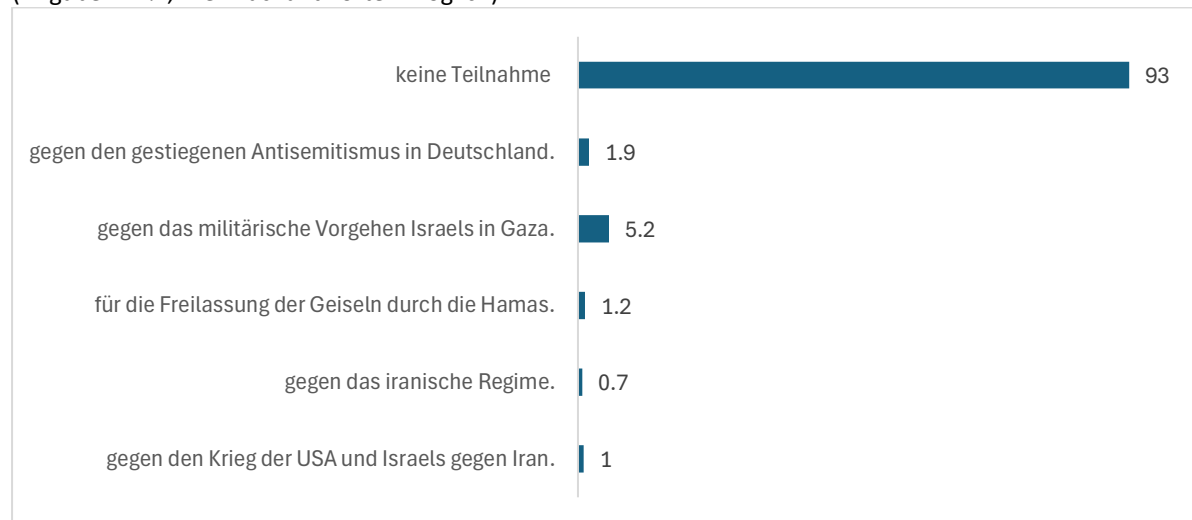
Man erkennt beim Blick auf die Verteilungen der Studierenden etwa, dass für den allgemeinen Antisemitismus deutlich mehr Befragte den Items „überhaupt nicht“ zustimmen als für den israelbezogenen Antisemitismus. Im Vergleich der befragten Studierenden zur Bevölkerungsstichprobe zeigt sich beim allgemeinen Antisemitismus eine größere Abweichung: In der Bevölkerung sind die Messwerte im mittleren und oberen Skalenbereich häufiger vertreten als bei den Studierenden. Beim israelbezogenen Antisemitismus stimmen Befragte aus der Bevölkerung ebenfalls seltener „überhaupt nicht“ zu und weisen häufiger mittlere Zustimmungen auf.

Inhaltlich lassen sich die Skalenwerte folgendermaßen in die drei Kategorien übersetzen: Befragte mit Skalenwerten von 1 bis einschließlich 3 (nicht antisemitisch) lehnen die Aussagen, die Antisemitismus messen, überwiegend oder deutlich ab. Befragte mit Skalenwerten zwischen 3 und 4 sind tendenziell antisemitisch, zumindest in der Tendenz stimmen sie einem oder mehreren Einzelitems zu. Schließlich werden Befragte mit Skalenwerten zwischen (einschließlich) 4 und 5 als antisemitisch gewertet, da sie mehreren oder allen Einzelitems (vgl. Tabelle 1) eher oder voll und ganz zustimmen.

Eine klar nicht antisemitische Haltung, bei der in allen drei Items jeweils der Wert 1 angegeben wurde, kommt 2026 für den allgemeinen Antisemitismus bei 18 Prozent der Studierenden und bei 10 Prozent der Bevölkerung vor. Dabei ist der Anteil bei den Studierenden gegenüber 2024 leicht gesunken (2024: 21 Prozent). Für den israelbezogenen Antisemitismus liegen die Anteile einer klar nicht antisemitischen Haltung 2026 bei neun Prozent (Studierende) und sieben Prozent (Bevölkerung). Diese Anteile sind gegenüber 2024 (13 Prozent bzw. 9 Prozent) und 2023 (15 Prozent bzw. 14 Prozent) ebenfalls etwas gesunken.

Abbildung A2_2: Protestteilnahme (Studierende 2026)

(Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)



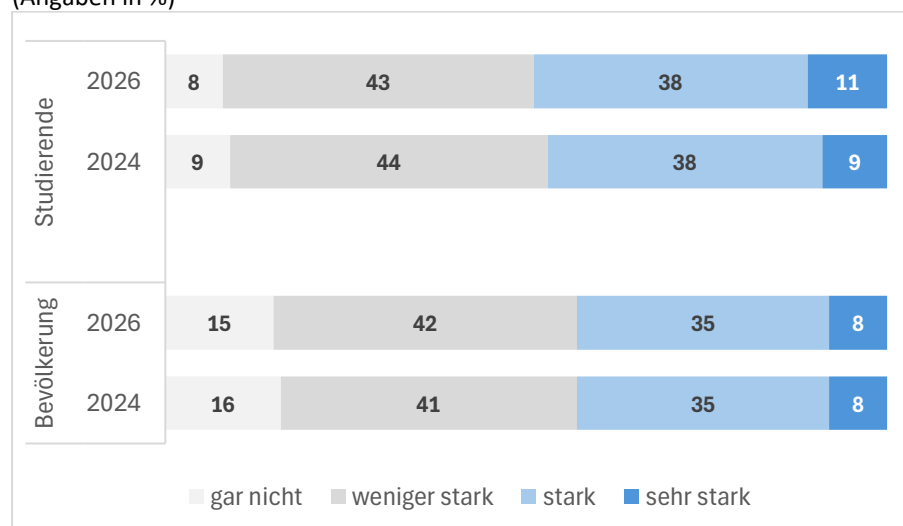
Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2026).

N_{Stud-2026} = 2.012. Frageformulierung: „Haben Sie seit dem 7. Oktober 2023 an Protesten wegen der Entwicklungen in Nahost teilgenommen?“

Abbildung A2_2 verdeutlicht, dass die große Mehrheit der befragten Studierenden keinerlei eigene auf den Nahostkonflikt bezogene Protestteilnahme berichtet. Dem gegenüber stehen 51 Prozent, die angeben, bei Protesten und Demonstrationen gegen Israel antisemitische Tendenzen bemerkt zu haben (vgl. Abbildung 2 im Text).

Abbildung A2_3: Wie stark bewegt Sie der aktuelle Konflikt zwischen Israel und der Hamas bzw. der Hisbollah (Studierende und Bevölkerung, 2024 und 2026)?

(Angaben in %)



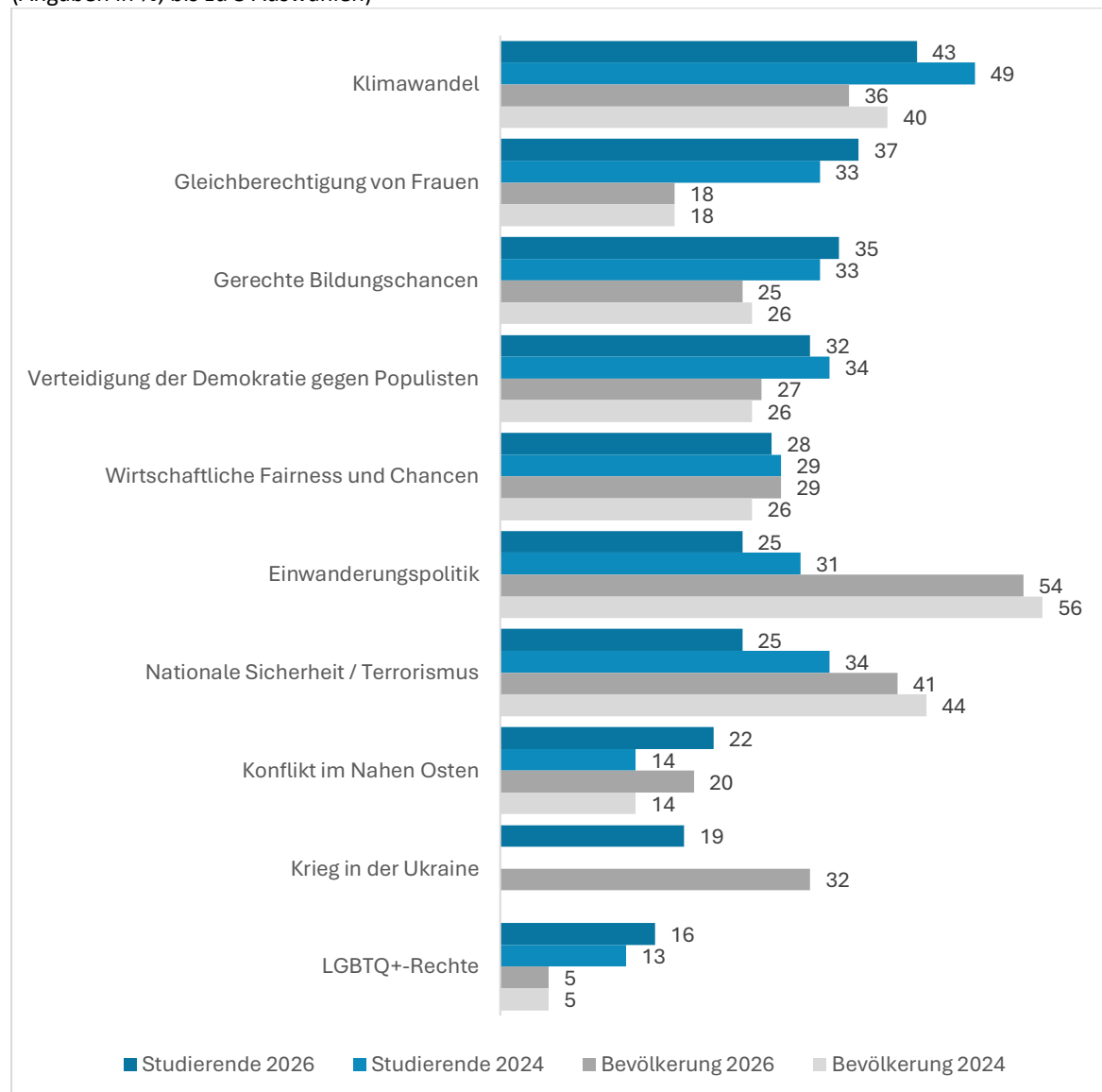
Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 2024, 2026). 2026:

N_{Stud} = 2.010; N_{Bevölkerung}: 2.081. 2024: N_{Stud} = 1.885; N_{Bevölkerung}: 2.031. Frageformulierung: „Wie stark bewegt Sie der aktuelle Konflikt zwischen Israel und der Hamas bzw. der Hisbollah?“

Abbildung A2_3 belegt eine anhaltende emotionale Betroffenheit durch den Konflikt zwischen Israel und der Hamas bzw. der Hisbollah – bei Studierenden noch stärker als in der Bevölkerungsstichprobe.

Abbildung A2_4: Wichtigkeit von politischen Themen (Studierende und Bevölkerung, 2024 und 2026)

(Angaben in %, bis zu 3 Auswahlen)



Quelle: Rapid Response Antisemitismus an Hochschulen (AG Hochschulforschung Universität Konstanz, 2024 und 2026). 2024: N_{Stud} = 1.885; N_{Bev} = 2.031; 2026: N_{Stud} = 2.012; N_{Bev} = 2.082. Frageformulierung: „Welche politischen Themen sind Ihnen am wichtigsten? (Bitte wählen Sie bis zu 3 aus).“ Item „Krieg in der Ukraine“ erst 2026 erhoben.¹⁵

Abbildung A2_4 zeigt an, dass die Wichtigkeit des Themas „Konflikt im Nahen Osten“ von 2024 bis 2026 in beiden Stichproben zugenommen hat. Zu beachten ist auch, dass andere politische Themen deutlich höhere Nennungen erhalten.

¹⁵ Beim Item „Nationale Sicherheit / Terrorismus“ liegt in der Publikation von Hinz et al. (2025, Abbildung 9) ein Fehler vor. Die korrekten Daten für 2024 sind hier wiedergegeben.